



2002/215

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Jahresprogramm des Regierungsrates für das Jahr 2003Vom 10. September 2002

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 01
Schwerpunkte der Regierungstätigkeit	Seite 02
Finanz- und Kirchendirektion	Seite 06
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	Seite 13
Bau- und Umweltschutzdirektion	Seite 21
Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	Seite 35
Erziehungs- und Kulturdirektion	Seite 38
Antrag	Seite 43

EINLEITUNG

Gemäss § 73 Absatz 3 der Kantonsverfassung hält der Regierungsrat die jährlichen Ziele und Hauptaufgaben von Regierung und Verwaltung im Jahresprogramm fest und legt es dem Landrat gleichzeitig mit dem Voranschlag zur Kenntnisnahme vor.

Das vorliegende Jahresprogramm 2003 ist das vierte und letzte der laufenden Legislaturperiode. Es enthält im ersten Teil die voraussichtlichen Schwerpunkte der Tätigkeit des Regierungsrates und der Verwaltung im Jahre 2003. Auf der Grundlage der im Regierungsprogramm 1999 - 2003 festgehaltenen Schwerpunktthemen wird auf aktuelle und aktuell werdende Vorhaben oder allfällige Gewichtsverschiebungen in diesen Bereichen eingegangen. Im zweiten Teil werden die wichtigsten Zielsetzungen und Massnahmen directionsweise aufgeführt, stets der Gliederung des Regierungsprogramms und der Jahresprogramme 2000, 2001 und 2002 folgend.

Mit dem vorliegenden Jahresprogramm 2003 wird ein erster Schritt auf dem Weg zu einer integrierten Aufgaben- und Finanzplanung gewagt, indem einzelne Projekte und Vorhaben des Jahresprogramms mit Daten aus dem Budget und dem Investitionsprogramm 2003 ergänzt werden. Im Rahmen des Projektes Wirkungsorientierte Verwaltungsführung ist vorgesehen, mittelfristig eine stufengerechte integrierte Aufgaben- und Finanzplanung zu etablieren.

1 Die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit im Jahre 2003 im Spiegel des Regierungsprogramms 1999 - 2003

1.1 Der Ausbau der Standortgunst

1.1.2 Bildungspolitik

Das neue Bildungsgesetz soll mit Schuljahresbeginn 2003/2004 in Kraft treten. Die ganze Energie wird in der ersten Hälfte des Jahres auf der Vorbereitung und in der zweiten Hälfte auf den ersten Schritten der konkreten Umsetzung liegen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Arbeit für die durch den Landrat verschobene neue Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB).

1.1.3 Finanz- und Steuerpolitik

Die Zielsetzung des Regierungsprogramms 1999 - 2003, die Nettoinvestitionen zu 100 Prozent aus selbst erarbeiteten Mitteln zu finanzieren, gilt weiterhin. Trotz sehr restriktiver Budgetierung kann diese Zielvorgabe jedoch im Jahr 2003 noch nicht erreicht werden. Durch Schaffung von Transparenz wird der Budget- und Finanzplanungsprozess stetig verbessert. Es sollen vermehrt nicht nur Aufwandsposten, sondern auch die zu erbringenden Leistungen als Entscheidungsgrundlage verwendet werden können. In diesem Sinne wird insbesondere der Budgetierungsprozess und teilweise auch das Budget in Richtung Massnahmenbudget weiterentwickelt.

Die Revision des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden wird umgesetzt.

1.1.4 Verkehrspolitik

Dem öffentlichen Verkehr kommt insbesondere in der dichten Agglomeration eine wichtige Aufgabe zu, wenn es um Fragen nicht nur der Umwelt, sondern auch der Lebensqualität und der Siedlungsentwicklung geht. Eine Optimierung bestehender Anlagen hat zur Zeit Priorität. Eine Verknappung der zur Verfügung stehenden Mittel setzt auch hier Grenzen, wobei übergeordnete Projekte wie ein 3. Juradurchstich (Wisenberg) dennoch hohe Priorität geniessen.

Grosse Infrastrukturaufgaben wie der Belchentunnel dienen der Substanzerhaltung, andere Projekte wie die Umfahrung Sissach und die H2 zwischen Liestal und Pratteln sowie ein Belchen-Sanierungstunnel (<3. Belchenröhre>) schaffen neue, sicherere und der Wohnqualität dienende Verkehrsverbindungen. Ganz generell sind die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und die Substanzerhaltung wichtiges Anliegen.

1.1.5 Sicherheitspolitik

Die Reformvorhaben des Bundes, nämlich die Armee XXI und der Bevölkerungsschutz, treten voraussichtlich per 1. Januar 2004 in Kraft. Auf kantonaler Ebene sind umfassende Vorbereitungen – unter anderem auch die Totalrevision des kantonalen Gesetzes über den Bevölkerungsschutz – erforderlich, damit die Bundesreform in unserem Kanton fristgerecht realisiert werden kann. Die beiden Projekte haben zur Folge, dass die Arbeitsbereiche des Amtes für Bevölkerungsschutz und der Militärverwaltung zusammenwachsen. Die beabsichtigte Zusammenlegung des Amtes für Bevölkerungsschutz und der Militärverwaltung trägt dieser Tatsache Rechnung. Sie soll dazu beitragen, dass der Übergang von den «alten» zu den künftigen Strukturen ohne grössere Probleme erfolgen kann.

Auch im kommenden Jahr stellen die Kriminalitätsbekämpfung und die Verminderung der Verkehrsunfälle prioritäre Zielsetzungen dar. Besondere Bedeutung hat die Umsetzung der Staatsverträge mit Deutschland und Frankreich im Aufgabenbereich der polizeilichen Zusammenarbeit. Mit der Anpassung des Geschwindigkeitskontrollkonzepts soll erreicht werden, dass die Verkehrssicherheit im ganzen Kanton zusätzlich gesteigert wird.

1.1.6 Kundenfreundliche Verwaltung

Die bestehenden Prozesse sollen im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) dauernd optimiert werden (Budgetierung, Finanzplanung etc.). Die flächendeckend eingeführten Leistungsaufträge werden wie in den Vorjahren überprüft und wo nötig überarbeitet. Sie sind jedoch noch besser in die Führungsprozesse zu integrieren, indem die Betriebsrechnung vermehrt auf die Bedürfnisse der

Entscheidungsträger ausgerichtet wird. Des weiteren ist bei den Leistungsaufträgen eine stufengerechte Ausgestaltung zu prüfen: Für die Wirkungsebene (Landrat) und die Leistungsebene (Regierungsrat) sind Vorgaben zu entwickeln. Zudem sind die Schulungs- und Kommunikationsmassnahmen hinsichtlich WoV zu verstärken.

Die Raumbedürfnisse der Verwaltung sind bedeutend und in den letzten Jahren stark gestiegen. Sie verlangen eine sehr sorgfältige Einteilung von Mitteln, die keinesfalls im Ausmass der Bedürfnisse gestiegen sind. Eine zentrale, ganzheitliche Raumbewirtschaftung soll es ermöglichen, ökonomisch gute Lösungen zu planen und umzusetzen.

1.2 Weitere Schwerpunkte

1.2.1 Grenzüberschreitende Beziehungen

Ein Schwerpunkt in den grenzüberschreitenden Beziehungen liegt im Vollzug der bilateralen Verträge. Die Personenfreizügigkeit bedingt insbesondere die Umsetzung verschiedener Massnahmen im Sozialversicherungsbereich.

Nachdem alle massgeblichen Behörden die INTERREG III Rahmenkredite bewilligt haben, gilt es nun, die ersten Etappen der zum Teil schon bewilligten konkreten Projekte gemeinsam mit den deutschen und französischen Partnern durchzuführen. Weitere Projekte gilt es zu prüfen und – falls für unterstützungswürdig erkannt – zu bewilligen.

Die Zusammenarbeit im Rahmen der Arbeitsgruppen und Expertenausschüsse der Oberrheinkonferenz wird mit dem Willen zur Kooperation weitergeführt.

Der Ausbau und die längerfristige Weiterentwicklung des Flughafens Basel-Mulhouse werden in Zusammenarbeit mit den französischen und deutschen Partnern unterstützt. Die Kommunikation und Information über grenzüberschreitende Umwelteinwirkungen des Flughafens soll im trinationalen Rahmen zu Gunsten der Anrainer intensiviert und vereinheitlicht werden.

1.2.2 Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die insgesamt hohe Standortqualität des Kantons soll weiter gefördert, erkannte Schwachstellen sollen gezielt angegangen werden. Konkrete Massnahmen hierzu werden umgesetzt im Rahmen des laufenden Impulsprogramms Familie und Beruf, durch eine Professionalisierung der kantonalen Tourismusförderung, die Neuschaffung und Neupositionierung der Funktion eines kantonalen Wirtschaftsdelegierten sowie durch eine konsequente Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs mit der EU ist durch Bereitstellung der erforderlichen formellen, organisatorischen und personellen Infrastruktur zu begleiten und umzusetzen. In Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt wird im Jahr 2003 zudem ein neuer Wirtschaftsbericht erstellt.

1.2.3 Integrationspolitik

Im Mittelpunkt stehen die Ausarbeitung eines Vorentwurfs für ein kantonales Integrationsgesetz.

1.2.4 Asylpolitik

Im Asylbereich ist ein leichter, aber konstanter Anstieg der Gesuchszahlen zu registrieren. Die Aufnahmequote von Asylsuchenden für die Gemeinden beträgt 1,2% der Gesamtbevölkerung. Zur Zeit besteht kantonsweit eine strategische Reserve von 800 Unterbringungsplätzen. Aus dieser Optik kann festgehalten werden, dass sich momentan im Bereich der Unterbringung keine akuten Massnahmen aufdrängen. Die im Regierungsprogramm 1999 - 2003 gemachten Aussagen sind aber nach wie vor von grosser Bedeutung und behalten ihre Gültigkeit.

Das vom Kanton geführte Durchgangszentrum in Laufen konnte im Frühjahr 2002 eröffnet werden. Das Gebäude soll ca. 2 Jahre für diesen Zweck genutzt werden. Verschiedene Arbeitsgruppen sind daran, eine neue Lösung zu suchen.

1.2.5 Raumplanung

Die Raumplanung eilt der Zeit voraus und ermöglicht die Entwicklung von morgen mit langfristig wirksamen Massnahmen wie dem Richtplan. Im Dialog mit den Gemeinden und damit auch der Bevölkerung gilt es, kurzfristigen Überlegungen langfristige Argumente gegenüberzustellen, deren Akzeptanz vielleicht zeitlich etwas verzögert daherkommt, die aber letztlich doch auf einem Konsens aufbaut.

Die Bereitstellung elektronischer Daten für kartografische Werke wird im kommenden Jahr weitgehend abgeschlossen. Im Jahr 2003 beginnt die Bau- und Umweltschutzdirektion mit der Entwicklung von GIS-Applikationen (Bsp. Baugesuche).

1.2.6 Umweltschutz und Energie

Der Umweltschutz hat in der Bau- und Umweltschutzdirektion als Querschnittsaufgabe Einzug gehalten. Er verfolgt aber darüber hinaus auch im kommenden Jahr eine ganze Reihe konkreter Projekte, bleibt sich jedoch bewusst, dass er in erster Linie aufzeigen will, unter welchen vernünftigen Randbedingungen Entwicklungen möglich sind.

Der Ersatz von nicht erneuerbarer Energie durch erneuerbare Energie sowie die Reduktion des CO₂-Ausstosses sind wesentliche Aufgaben. Im Vordergrund stehen auch immer Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit bestehender Anlagen im Sinne eines höheren Wirkungsgrades.

1.2.7 Gesundheitspolitik

Die gemeinsame Spitalplanung Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird weitergeführt mit dem übergeordneten Ziel, die hohe Qualität unserer Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten, diese aber so kostengünstig und effizient wie möglich zu gestalten. Die Projektierungsarbeiten für einen Neubau des Universitätskinderspitals beider Basel sollen vorangetrieben werden. Im Rahmen der Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen wird im Kanton Basel-Landschaft nach Abschluss des mit Basel-Stadt gemeinsam durchgeführten Vorprojekts die konkrete Planung einer «Berufsfachschule Gesundheit» eingeleitet. Im Rahmen einer Revision des Gesundheitsgesetzes soll die Gesetzgebung im Gesundheitswesen angepasst und konsolidiert werden.

1.2.8 Kultur und Sport

Für die Baselbieter Kulturpolitik wichtig wird das «dossier kultur.bl», die Perspektiven der Kulturförderung von 2002 bis 2005. Das Konzept hat zwar den Bereich der zeitgenössischen Kunst- und Kulturförderung im Brennpunkt seines Interesses, stellt aber darüber hinaus auch Strukturen, inhaltliche Prioritäten und Schnittstellen des ganzen Amtes für Kultur dar.

Der vom Bund vorgegebene definitive Start von J + S 2000 verlangt eine grosse Initiative, damit der Übergang vom mittlerweile dreissigjährigen Konzept 1972 in die moderne Zeit möglichst problemlos erfolgen kann.

Die neu zusammengesetzte Sportkommission wird zusammen mit dem Sportamt Baselland das Kantonale Sportpolitische Konzept (KASPOKO) an die Hand nehmen. Auch dieses ist vom Bund vorgegeben und sieht als einen wesentlichen Schwerpunkt die Breitensportförderung für sportlich inaktive vor.

1.2.9 Familienpolitik

Eine Koordinationsstelle für Familienfragen wird in der Finanz- und Kirchendirektion eingerichtet und aufgebaut.

1.2.10 Gesetzgebung

Es ist vorgesehen, dem Landrat im nächsten Jahr folgende Gesetzesvorlagen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

- Revision des Kantonalbankgesetzes
- Teilrevision des Gemeindegesetzes
- Revision des Gesundheitsgesetzes
- Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter
- Revision des Kinderzulagengesetzes

- Tourismusgesetz
- Revision des Wasserbaugesetzes
- Revision des Gesetzes über den zivilen Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter
- Revision des Gastwirtschaftsgesetzes
- Archivierungsgesetz

Voraussehbare Schwerpunkte bilden für die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion im Bereich «Gesetzgebung» die Umsetzung des Projekts Effilex, die Ueberarbeitung der Weisungen zur Gesetzestechnik sowie die abschliessenden Etappen der Justizreform mit der Neugliederung der Friedensrichterkreise und der Gerichtsbezirke (Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes). Einer Revision werden auch zwei kantonale Einführungserlasse zur Bundesgesetzgebung, nämlich das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch und das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch, unterzogen.

1.2.11 Änderungen

Abschliessend ist wiederum festzustellen, dass sich auf Grund von sich ändernden Rahmenbedingungen oder nicht vorhersehbaren Ereignissen Schwerpunkte während der Planungsperiode verschieben können. Der Regierungsrat ist gewillt, auf solche Änderungen schnell und flexibel zu reagieren.

2 FINANZ- UND KIRCHENDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Die Aktivitäten der Finanz- und Kirchendirektion werden hauptsächlich darauf ausgerichtet sein, in der Staatsrechnung ein strukturelles Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erreichen. Daneben wird es ihre Hauptaufgabe sein, die notwendigen Instrumente für eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung bereit zu stellen bzw. zu optimieren.

Programmpunkt Nr. 2.01

Finanz- und Rechnungswesen

Übersicht

Abschluss der Einführung der Client Server-gestützten Rechnungswesen-Architektur.
Weiterführen und Verbreiten der Verwaltungsreform (WoV).

Ziele

Verbesserung der Abläufe aus finanz-rechtlicher Optik in der Haushaltsführung

2.01.02

Massnahmen

Schulung zur Verbesserung des Umgangs mit der Buchhaltungssoftware
Erarbeitung eines Konzeptes betr. Rechnungslegung und Weiterentwicklung des Buschor-Modells
Umsetzung des Konzepts zur Optimierung der Betriebsrechnung
Bedarfsweise Einführung der Anlagebuchhaltung
Weiterentwicklung der Archivierung der Rechnungsdaten (Pilotprojekt optische Archivierung von Eingangsrechnungen)

LRV 1995/83 betr. Einführung Neues Rechnungswesen

Verpflichtungskredit: Fr. 8'500'000

Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 5'756'213

Budget 2002: Fr. -

Budget 2003: Fr. 250'000

Intensivierung der Anwendung der Leistungsaufträge

2.01.03

Prüfung einer stufengerechten Ausgestaltung der Leistungsaufträge (Leistungsebene Verwaltung / Wirkungsebene Parlament).
(vgl. FKD 2.11)

LRV 1996/205 betr. Pilotversuch mit Leistungsaufträgen. In den nachfolgenden Jahren wurde dem Landrat zusammen mit dem Budget jeweils eine Liste jener Dienststellen, die einen Leistungsauftrag erhalten haben, vorgelegt und die Ermächtigung zur Kreditverschiebung erlangt.

Breite Anwendung des Projektcontrollings

2.01.04

Anreicherung des Ausbildungsprogramms mit Projektcontrollingkursen

Programmpunkt Nr. 2.02

Steuern

Übersicht

Das übergeordnete Ziel für den Bereich Steuern ist die Konsolidierung und Integration der einjährigen Veranlagung in die betrieblichen Abläufe, so dass auch in den kommenden Jahren die qualitativen und quantitativen Vorgaben erreicht werden können. Zu diesem Zweck müssen das Qualitätsmanagement, die Kommunikation mit den Kunden und die technische Unterstützung der Veranlagung weiter verbessert werden. Ein Schwergewicht des Programmes 2003 bildet die erste Projektphase der beantragten Ablösung der Host-Programme durch ein integriertes EDV-System, das alle Steuerarten abdeckt.

Ziele

Weiterführung der Aktualisierung der kantonalen Steuergesetzgebung

2.02.02

Massnahmen

Umsetzung der Steuergesetzrevision 2002 (*vorbehältlich der Zustimmung des Volkes, Vorlage Nr. 2002/085*)
Vorbereitung einer Vorlage für die Revision der Familienbesteuerung

Ziele**Massnahmen**

Umsetzung der einjährigen Veranlagungsperiode in der kantonalen Steuerverwaltung und in den Gemeindesteuerämtern	2.02.04.2	Call Center: Verbesserung und Ausbau des Betriebes <i>Das Call Center soll als Anlaufstelle für die gesamte Steuerverwaltung eingesetzt werden und zusätzliche Dienstleistungen übernehmen (Formularversand, E-Mail etc.). Ziele: Verbesserung der Erreichbarkeit, Reduktion der erfolglosen Anrufe (number of calls abandoned) ist nicht grösser als entsprechende Vergleichszahlen der Privatwirtschaft.</i>
	2.02.06	Optimierung des Teilsystems «Automation»: Anpassung des Regelwerkes an die Vorperiode 2001, damit Verbesserung und Verfeinerung der Regeln und weiter verbesserte Veranlagungsunterstützung. <i>(Quantitative Ziele werden nach Durchführung einer ersten Auswertung mit der Veranlagung 2001B festgelegt).</i>
	2.02.07	Beantragung und Umsetzung von Massnahmen aufgrund der Erfahrungen mit der Veranlagung 2001B. Vertiefung der Ausbildung aufgrund der Auswertungen der Qualitätskontrolle. Überprüfung und evtl. Anpassung des Personaleinsatzes in den Veranlagungsabteilungen.
Neue Informatikanwendungen für die kantonale Steuerverwaltung	2.02.08	Beginn der Realisation des Projektes «Census» <i>Zielsetzungen 2003 gemäss separatem Projektplan</i>
		LRV 2002/153 betr. Realisation des Projekts «Census» Verpflichtungskredit: Fr. 11'300'000 Budget 2003: Fr. 3'500'000
Verbesserung bei der Behandlung von Einsprachen	2.02.12 (neu)	Bessere Triage, vermehrte Standardisierung, Erledigung von Routinefällen durch die Veranlagungsmitarbeitenden <i>Ziel: Verkürzung der Bearbeitungsdauer</i>

Programmpunkt Nr. 2.03**Gemeinden / Asylwesen***Übersicht*

Weitere Verbesserung und Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Steuerbereich. Im Asylbereich steht mit der Koordinationsstelle für Asylbewerber eine flexible Organisation zur Verfügung, welche fähig ist, kurzfristig steigende Asylgesuche speditiv und korrekt zu verarbeiten. Der Zuteilung und Einsetzung der Mittel kommt vermehrt eine hohe Bedeutung zu. Das bestehende Controllingsystem wird laufend verfeinert. Die rasche und gezielte Information der Behörden und der Bevölkerung wie auch die Evaluation und Sicherstellung von Asylunterkünften hat dabei absolute Priorität. Die vom Landrat (*und Volk*) beschlossene Gesetzesrevision des Finanzausgleichs muss umgesetzt werden.

Ziele**Massnahmen****Steuern**

Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	2.03.01	Verhandlung der neuen Veranlagungsentschädigung aufgrund der Erfahrungen mit der Veranlagung 2001B.
		Information der Gemeindesteuerämter und Vorbereitung der Schulung im Hinblick auf die geplante Einführung der integrierten Steuersoftware NEST und des gemeinsamen Steuerbezugs.
		Diskussion und Festlegung von Anpassungen der Aufgabenteilung bei der Bearbeitung der Einsprachen (<i>vgl. FKD 2.02.12</i>)
		Aufbau eines Intranets unter Einbezug der Gemeindesteuerämter zur weiteren Verbesserung der Beratung und Unterstützung der Veranlagungsmitarbeitenden.

Finanzausgleich

Sicherstellung der Finanzausstattung der Gemeinden	2.03.04	Umsetzung der Revision des Finanzausgleichs
--	---------	---

Ziele**Massnahmen****Asylwesen**

Organisation und Koordination des Asylwesens und Unterstützung der freiwilligen Rückkehr von Personen im Bereich Asylrecht/Flüchtlinge

2.03.05

Fachgerechte Beratung der Gemeinden und der Betroffenen und Sicherstellen des Informationsflusses zwischen Bund, Kanton und Gemeinden

2.03.06

Überwachung der Kosten und Vergütungssätze des Bundes. Steuerung der Finanzierung im Kanton und in den Gemeinden

Neues Durchgangszentrum Baselland

2.03.08
(neu)

Evaluierung eines neuen Standortes mit dem Ziel der Inbetriebnahme bis spätestens im Jahre 2004

Programmpunkt Nr. 2.04**Statistik***Übersicht*

Für die geordnete Führung der notwendigen kantonalen und anderen Statistiken werden die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen.

Die Führungsinstrumente des Regierungsrates werden mit einer einheitlichen Personalstatistik und dem Aufbau einer Sozialhilfestatistik verbessert. Für den Wirtschaftsbericht 2003 wird eine neue Datengrundlage mit dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt erarbeitet.

Ziele**Massnahmen**

Volkszählung 2000

2.04.01

Bereitstellung und Veröffentlichung der wichtigsten Ergebnisse der Volkszählung 2000 für den Kanton und teilweise für die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz.

Geordnete Führung der kantonalen und Bundesstatistiken

2.04.02

Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen. Vorlage an den Landrat

Verbesserung der Datengrundlage in den Gemeinden

2.04.03

Förderung der Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden durch die Einführung einheitlicher Standards.

Konzeption einer kantonalen Gebäudedatenbank

2.04.05
(neu)

Konzipierung einer Gebäudedatenbank im Rahmen des kantonalen GIS-Projektes und des eidg. Gebäude- und Wohnregister. Ziel ist die Vereinfachung des Datenaustauschs für die Gemeinden und den Kanton.

Programmpunkt Nr. 2.05**Personalwesen***Übersicht*

Schwerpunkt ist die Konsolidierung der Umsetzung der Personalrechtsreform und Umsetzung der Ziele der WoV mit Hilfe eines aussagekräftigen Personal-Controllings. Ein unternehmerisches, neu konzipiertes Mitarbeiter/innen-Gespräch wird bei allen Dienststellen (mit Ausnahme für die Lehrpersonen) sukzessive eingeführt.

Ziele**Massnahmen****Personalrecht**

Aufbau eines aussagekräftigen Personalcontrollings

2.05.01

Bereitstellen und Nutzen der erforderlichen Kennzahlen
Koordination mit den Erhebungen des Bundes (Bildungsstatistik, Gesundheitsstatistik)
Permanente Lohnvergleiche
Aufbau Forum «Recht»
Präventive Schulungen mit Schwergewicht Mitarbeitende der Gemeinden

Lohnwesen

Einheitliche Leistungshonorierung

2.05.01

Umsetzen und Kontrolle der Richtlinien (Promotionssystem; ES-Anhaltung und/oder Beschleunigung; Prämien)
Pflege des Systems zur Leistungshonorierung
Lohncontrolling (interne Lohnvergleiche)

Ziele		Massnahmen
	2.05.02	Publikation «Leitlinien Personalpolitik»; Verabschiedung durch RR oder FKD
Personalentwicklung		
Konsolidieren des einheitlichen Mitarbeiter/innen-Gespräches (MAG)	2.05.02	Umsetzung des teilrevidierten MAG bei den Anstellungsbehörden Schulung des teilrevidierten MAG in Verbindung mit WoV (Zielvereinbarung, Controlling Zielerreichung) Aufbau eines Controllings über die periodische Durchführung des MAG mittels HR-Access-Tool
Personalmarketing	2.05.02	Nutzung des HR Access bei der Koordination der Personalanforderung und der Bewerberverwaltung Nutzung des E-Books bei der einheitlichen Koordination der Inserategestaltung in der kantonalen Verwaltung Inhalte der Inserate der Spitäler koordinieren Flächendeckende Anwendung des Austrittsgespräches / Auswertungsblatt bei allen Anstellungsbehörden, inkl. Gerichte und Spitäler
Optimale Abwicklung des zentralen Personalwesens	2.05.05	Prüfung der Einführung weiterer Module des HR - Access, Ausbildungsverwaltung und Presento Umsetzen des Release-Wechsels für die Personal- und Lohnadministrations-Software im Zusammenhang mit der Revision der Statuten der BLPK Prozessoptimierung und Schulung mit den dezentralen Personalverantwortlichen Weitere Optimierung der Controllingprozesse
Weiterentwicklung des Ausbildungscontrollings	2.05.16 (neu)	Konzipieren eines neuen Feedbackbogens Controlling und Auswertung der Rückmeldungen von Teilnehmenden, Referentinnen und Referenten und Vorgesetzten
Umsetzung neues Konzept Führungseminare 1 + 2	2.05.17 (neu)	Umsetzung des neuen Konzeptes; ergänzende Kursangebote für Führungskräfte im Fachbereich WoV (Schulung und Instruktion der Referentinnen und Referenten unter Beizug der WoV-Projektleitung; Einführen des neuen «2 Phasen» Beurteilungsbogens für die Führungseminare 1 + 2)
Ergebnisorientierte Promotion des Insights	2.05.18 (neu)	Implementieren des Instrumentes bei den Anstellungsbehörden für den Einsatz bei Re- / Umstrukturierungen und Rekrutierungen «Upgrade» des bestehenden Systems

Programmpunkt Nr. 2.06**Gleichstellung von Frau und Mann**

Übersicht : Sicherung des Erreichten und erneute Schwerpunktsetzung

Ziele		Massnahmen
Erreichen eines Spitzenplatzes bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann	2.06.01	Evaluation der Schwerpunkte des Regierungsprogramms 1999-2003 und Entwicklung neuer Massnahmen
	2.06.02	Erhöhung des Frauenanteils in allen (insb. leitenden) Funktionen und Kommissionen – Transfer der Ergebnisse des Projekts «Schaffung zusätzlicher qualifizierter Teilzeitstellen für beide Geschlechter» – Unterstützung von Kandidatinnen der LR- und RR-Wahlen 2003, Sensibilisierung der Wählerschaft

Ziele	Massnahmen
Aus- und Weiterbildung	2.06.03 Nachhaltige Unterstützung der geschlechtergerechten Integrationsbildung von Migrantinnen und Migranten
Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Frauen	2.06.04 Öffentlichkeitswirksame Auswertung und nachhaltige Verankerung der Projektergebnisse von 16+ sowie Lehrstellenabschluss 2 (Lehrstellenförderung) und Begleitung der weiterlaufenden Projekte
Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle	2.06.06 Gleichstellungsfördernde Umsetzung des Wirtschaftsimpulsprogramms «Familie und Beruf» und eines Gesamtkonzepts für die familienergänzende Kinderbetreuung (vgl. VSD 3.03.04 und EKD 6.01.05)
Gleichstellungsgesetz und Schutz der sexuellen Integrität	2.06.11 Sensibilisierung und Schulung von Vertrauenspersonen, Führungskräften und Schulen
Einführung der Gleichstellungsperspektive (Gender Mainstreaming) in ausgewählten Bereichen	2.06.12 (neu) Sensibilisierung für Gender Mainstreaming (Gleichstellungsperspektive in allen Prozessen), Schulung und probeweise Übernahme eines Gleichstellungscontrollings im Personalbereich und im Submissionswesen.

Programmpunkt Nr. 2.07**Informatik***Übersicht*

Die Informatik wird zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit in der gesamten Kantonsverwaltung zweckmässig ausgebaut.

Ziele	Massnahmen
Laufende Anpassung des Dienstleistungsangebots des Zentralen Informatikdienstes an die Bedürfnisse der Verwaltung	2.07.03 Erweiterte Dienstleistungsangebote des ZID an Gemeinden und verwaltungsnahe Betriebe, insbesondere im Bereich E-Mail und Internet.
	2.07.04 Die Realisierung des neuen multimediatauglichen Kantonsnetzes erfolgt bis Ende 2003.
	LRV 2001/150; Verpflichtungskredit LRB 1208/2001; Total (Konto 2100 506.50.004) Fr. 4'691'000 Per Ende 2001 verbraucht: Fr. 12'589 Budget 2002: Fr. 1'600'000 Budget 2003: Fr. 3'000'000
	2.07.05 Bevorzugter Einsatz der Internettechnik und Erweiterung des Internetangebots. <i>Der Schwerpunkt im Bereich E-Government ist der Ausbau des Angebots nach Lebenslagen (-> Mitwirkung im Projekt Guichet virtuel des Bundes). Dabei steht die Ebene Information und Kommunikation im Vordergrund, die wirtschaftlich das grösste Kosten/Nutzen Potential aufweist. Weiter wird im Transaktionsbereich mit den Ausländerbewilligungen (KIGA) ein so genannter Archetype als Pilotprozess realisiert, der als Normprozess für mögliche weitere Anwendungen (ab 2003) dient.</i>
	2.07.06 (neu) Beginn der Ablösung des heutigen PC und Server Betriebssystems auf die Nachfolgeversion.

Programmpunkt Nr. 2.08**Sozialhilfe***Übersicht*

Die Sozialhilfestatistik gewinnt zunehmend an Wichtigkeit, lässt Ursachen der Sozialhilfeabhängigkeit erkennen und dient auch gleichzeitig als Führungsinstrument für das Sozialamt und die Gemeinden. Die im neuen Sozialhilfegesetz auf Zeit verankerte neue Aufgabe bedarf einer eingehenden Prüfung mit Ergebnisanalyse. Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit hat zum Ziel, die Kooperation untereinander zu vereinfachen.

Ziele**Massnahmen**

Verbesserte Transparenz für präventive Massnahmen im Sozialbereich	2.08.03	Langfristiger Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Bund, welcher derzeit eine schweizerische Sozialhilfestatistik aufbaut.
	2.08.08	Verfeinerung der Sozialhilfestatistik. Auswertung und Publikation von statistischen Daten und Zahlen 2002 über die Entwicklung auf dem Gebiet der Sozialhilfe.
Evaluation über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen umsetzen	2.08.10	Praktische Umsetzung der neuen Komponente «Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen» und Überprüfung der Wirksamkeit gemäss Auftrag von § 52 Sozialhilfegesetz
Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)	2.08.11 (neu)	Erarbeitung möglicher Massnahmen zur verbesserten Kooperation / Koordination mit Vertretern von KIGA, IV, Berufsberatung und Sozialamt

Programmpunkt Nr. 2.09**Luftverkehr***Übersicht*

Die Entwicklung des Landesflughafens «EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg» soll entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts und Lebensraums Nordwestschweiz resp. Oberrhein gefördert werden.

Ziele**Massnahmen**

Ausbau des Flughafens entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts	2.09.01	Umsetzung der vom Volk beschlossenen Mitfinanzierung des Ausbaus und Vollzug der damit verbundenen Auflagen
Unterstützung bei der Wahrnehmung und Umsetzung berechtigter Umweltanliegen	2.09.02	Entsprechende Mitwirkung der Delegierten des Kantons Basel-Landschaft, insbesondere Vertretung der vom Landrat beschlossenen Auflagen im Verwaltungsrat des Flughafens

Programmpunkt Nr. 2.10**Gesetzgebung***Übersicht*

Die lückenhaften Regelungen über das Zusammenwirken von Gemeinden sind im Rahmen einer Revision des Gemeindegesetzes zu vervollständigen.

Ziele**Massnahmen**

Aktualisierung der Gesetzgebung betr. Kantonalbank	2.10.10	Vorlage an den Landrat im 1. Quartal 2003
Regelungen über das Zusammenwirken von Gemeinden	2.10.13 (neu)	Teilrevision des Gemeindegesetzes; Vorlage an den Landrat im 3. Quartal 2003

Programmpunkt Nr. 2.11**Wirkungsorientierte Verwaltungsführung***Übersicht*

Koordination der Verwaltungsreform (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV). Erarbeitung von Richtlinien und Ergänzung des Instrumentariums.

Ziele

Schaffen der Grundlagen für die Umsetzung des Gesamtprojekts «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung»

Massnahmen

2.11.01 Schrittweise Umsetzung der von der neuen Projektleitung WoV ausgearbeiteten und vom Regierungsrat genehmigten Strategie in Zusammenarbeit mit dem WoV-Ausschuss FIK-GPK.

(LRB 2000/075 betr. Wirkungsorientierte Verwaltungsführung: Der WoV-Ausschuss FIK-GPK wird als parlamentarischer Ansprechpartner für die WoV-Projektleitung bestimmt).

Programmpunkt Nr. 2.12**Subventionswesen***Übersicht*

Einführung und Anwendung einer dezentralen Datenbank für Subventionen

Ziele

Sicherstellung eines wirkungsorientierten Subventionscontrollings

Massnahmen

2.12.03 Ein erster Subventionsbericht soll bis Mitte 2003 vorliegen.

Grundlage: Schlussbericht der Arbeitsgruppe Subventionswesen (GPK/FIK) über das kantonale Subventions- und Beitragswesen vom 1. März 2001

Programmpunkt Nr. 2.14**Familienfragen***Übersicht*

Neu wird eine Koordinationsstelle für Familienfragen eingerichtet mit dem Ziel, eine moderne Familienpolitik im Kanton umzusetzen.

Ziele

Einrichten einer Koordinations- und Anlaufstelle für Familienfragen

Massnahmen

2.14.01 (neu) Schaffung einer Anlauf- und Auskunftsstelle und Bewirtschaftung für Parlament, Regierung, öffentliche und private Stellen

3 VOLKSWIRTSCHAFTS- UND SANITÄTSDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Die Qualität der erbrachten Leistung hat für die drei Baselbieter Kantonsspitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste oberste Priorität. Im medizinischen Bereich heisst dies, dass der Bevölkerung in unseren vier kantonalen Institutionen eine effiziente und moderne stationäre und ambulante Betreuung anzubieten ist, die mit der medizinisch-technischen Entwicklung angemessen Schritt hält. Es gilt, den erreichten hohen Standard zu halten und die baulichen und technischen Infrastrukturen unserer Spitäler an die aktuellen Bedürfnisse anzupassen und wo nötig zu erneuern und zu ergänzen. Die laufende gemeinsame Spitalplanung Basel-Stadt und Basel-Landschaft soll wesentlich dazu beitragen, unsere qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten, diese aber so kostengünstig und effizient wie möglich zu gestalten.

Im Bereich Volkswirtschaft geht es darum, die insgesamt hohe Standortqualität des Kantons weiter zu fördern und erkannte Schwachstellen gezielt anzugehen. Konkrete Massnahmen hierzu werden umgesetzt im Rahmen des laufenden Impulsprogrammes Familie und Beruf, durch eine Professionalisierung der kantonalen Tourismusförderung und die Neuschaffung und Neupositionierung der Funktion eines kantonalen Wirtschaftsdelegierten.

Programmpunkt Nr. 3.01

Gesundheitswesen

Nachdem die Teilrevision des Spitalgesetzes 2002 abgeschlossen wurde, wird das Gesundheitsgesetz im Landrat zu beraten sein, ebenso ein neues Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter. Nach Abschluss des Vorprojektes «Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft» wird im Kanton Basel-Landschaft die Planung der «Berufsfachschule Gesundheit» an die Hand genommen werden und im Kanton Basel-Stadt die Planung der «Höheren Fachschule Gesundheit». Die Positionierung der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als Leistungserbringer auf dem kostenmässig stark unter Druck stehenden Gesundheitsmarkt ist zu stärken, die gemeinsame Spitalplanung mit Basel-Stadt durchzuführen. Die Einflüsse der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes auf das Gesundheitsversorgungssystem des Kantons und der Region werden bei allen Überlegungen zu beurteilen und zu berücksichtigen sein. Die stetig ansteigenden Prämien in der Krankenversicherung können durch den Kanton wenig beeinflusst werden: massvollen Spitaltaxerhöhungen bei kürzeren Aufenthaltszeiten stehen kostentreibende Mengenausweitungen in allen anderen Leistungsbereichen gegenüber.

Ziele

Massnahmen

Behandlung / Betreuung

Erfüllung der vom Krankenversicherungsgesetz geforderten Qualitätssicherungsbedingungen, Angebotsoptimierung

- | | |
|------------------|---|
| 3.01.01 | Kantonsspital Bruderholz:
Fortgesetzte Prozessoptimierung, Durchführung von ausgewählten Qualitätsprojekten in allen Bereichen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der systematischen Erfassung der Patientenzufriedenheit. |
| 3.01.35
(neu) | Kantonsspital Bruderholz:
Erhalt von Ertragsvolumen und -struktur und Aufrechterhaltung der Patientenzufriedenheit bei hoher Bettenauslastung und Erfüllung des Leistungsauftrages trotz dringlichem, weiter aufgeschobenem umfassendem Sanierungs- und baulichem Anpassungsbedarf des 30-jährigen Spitals. |
| 3.01.31 | Kantonsspital Liestal:
Differenzierung als interdisziplinäres Behandlungszentrum für Patientinnen/Patienten (Änderung der innerbetrieblichen Untersuchungs- und Behandlungsabläufe). Nachdem einerseits erfolgreich die interdisziplinär geführten Sprechstunden und Behandlungen in der plastischen Chirurgie mit dem Kantonsspital Basel und andererseits KSL-intern in der Angiologie (Radiologische, Chirurgische und Medizinische Klinik) abgeschlossen sind, wird 2003 das Projekt Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten (involvierte Stellen: Ernährungsberatung, Gastroenterologie und Chirurgische Klinik) gestartet. Dabei werden neue organisatorische und personelle Strukturen verfolgt. Finanzielle Auswirkungen auf das Budget 2003 sind nicht zu erwarten. |

Ziele**Massnahmen****Infrastruktur**

Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Spitälern an den medizinischen Fortschritt und an neue Bedürfnisse. Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Bereichen Kantonales Laboratorium und Berufsschule für Pflege.

- 3.01.07 Realisierung des Projektes Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 inkl. Neubau Werkstatt- und Bürogebäude in der Psychiatrischen Klinik.
Siehe Programmpunkt 4.03.01 BUD
- 3.01.08 Kantonsspital Bruderholz:
Konkretisierte Planung für KSB 2000 plus (zusammen mit Hochbauamt), unter Berücksichtigung des Standortentscheides UKBB und der Ergebnisse der gemeinsamen Spitalplanung mit Basel-Stadt.
- 3.01.32 Kantonsspital Bruderholz:
Schrittweise Realisierung eines neuen, digitalen PACS (Patienten-, Archiv- und Communications-System) sowie eines neuen Klinik-Informations-Systems.
Budget 2003: Jahrestanche Fr. 1'630'000.–
- 3.01.36 (neu) Kantonsspital Liestal:
Ersatzanschaffung des Narkosegeräteparks inklusive Monitoring und Patientendatenmanagement-System. (Der vorhandene Narkosegerätepark für die 8 Operationssäle mit den dazugehörigen Vorbereitungsräumen und den 3 Aussenstationen ist in den einzelnen Komponenten zwischen 10 und 17 Jahre alt und entspricht teilweise nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften und aktuellen Bedürfnissen).
Budget 2003: 2. Jahrestanche Fr. 1'220'000.–
Die Realisierungsphasen 1 und 2 (2002/2003) sind damit abgeschlossen.
- 3.01.37 (neu) Kantonsspital Liestal; MRI (Magnetic Resonance Imaging):
Vorbereitung einer Landratsvorlage mit dem Ziel, für öffentliche und private Leistungserbringer der Versorgungsregion oberes Baselbiet den Zugang zu dieser Diagnosetechnik zu ermöglichen.
Vorlage an den Landrat.
Verpflichtungskredit: Fr. 2'100'000.–
Budget 2003: Fr. 900'000.–
- 3.01.05 Abschluss des Pilotversuches für die heroingestützte Behandlung von schwerstsuchtigen Patientinnen und Patienten und Überführung in ein Definitivum.
- 3.01.30 Zwecks Erfüllung der Rechtsnorm gemäss Bundesgerichtsvorgaben ist die Vorlage für einen Gesetzesentwurf betreffend die Zwangsbehandlung von Patientinnen und Patienten mit psychischen Störungen zu erarbeiten.
Vorlage an den Landrat (Revision des Gesundheitsgesetzes).
- 3.01.38 (neu) Dringliche Massnahmen zur Bewältigung der Überbeanspruchung der stationären psychiatrischen Dienste. Es ist die Einrichtung einer 5. Akutstation vorgesehen. Kosten: rund 2 Millionen Franken, im Budget 2003 der KPD enthalten.
- 3.01.39 (neu) Kantonsspital Laufen: Planung von Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Operationssaal, Radiologie und Physiotherapie.
2004: Vorbereitung; 2005: Baukreditvorlage.
- 3.01.40 (neu) Planung eines neuen Schulgebäudes für die Berufsschule für Pflege. 2003: Wettbewerb, Konkurrenzverfahren; 2004: Vorprojektvorlage; 2005: Baukreditvorlage.

Tarifstruktur

Ziele

Anpassung der betriebswirtschaftlichen Strukturen an die Erfordernisse des KVG und des neuen Tarifes im Medizinbereich (TarMed)

Massnahmen

- 3.01.12 Alle Spitäler:
Nachdem definitiv feststeht, dass der TarMed per 1.1.2004 eingeführt wird, kommen nun all die bisher ausgestellten Arbeiten zur Ausführung: Umstellung der Erfassung und Verrechnung ambulanter Leistungen auf TarMed; Übersetzung aller medizinischen Leistungen in TarMed-Katalogpositionen; Einführung der Einzelleistungserfassung an Stelle der bisherigen Pauschalleistungen; Einführung unterstützender EDV-Instrumente für die Patientenadministration und die Leistungserfassung vor Ort; Umstellung der ganzen Fakturierung auf die mit TarMed verbundenen Kriterien; stufengerechte Schulung des medizinischen und administrativen Personals; koordinierte Verhandlungen neuer Tarif- und Chefarzt-Verträge.

Planung / Regionale Zusammenarbeit

- 3.01.04 Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept: nach Verabschiedung durch den Landrat Planung der prioritären Einzelprojekte.
- 3.01.16 Für das UKBB wird mit Basel-Stadt eine Begrenzung / Beseitigung des strukturellen Defizits angestrebt.
- 3.01.41 (neu) Durch das Berufsbildungsgesetz werden die Gesundheitsberufe in die Systematik des Bundes überführt und die Verantwortung für die zukünftige Reglementierung und Anerkennung wechselt in das BBT. Aus diesem Grunde ist eine Überführung der Berufsschule für Pflege von der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion in die Erziehungs- und Kulturdirektion vorzubereiten. Bis die aktuellen Ausbildungen (Pflegeassistent, Diplomausbildungen Niveau I und II) nicht mehr angeboten werden, wird diese Überführung die bestehenden Reglementierungen des SRK berücksichtigen.

Gesundheitsförderung und Prävention

- 3.01.42 (neu) Das Projekt «Gesundheitsförderung im Frühbereich» tritt im Jahr 2003 in die zweite Phase. Schwerpunkt der Arbeit wird es sein, die Überführung der Aufgaben in nachhaltige Strukturen vorzubereiten.
LRB 1999/1911 betr. Gesundheitsförderung im Frühbereich.
Verpflichtungskredit: Fr. 400'000
Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 188'990
Budget 2002: Fr. 80'000
Budget 2003: Fr. 80'000
- 3.01.43 (neu) Weiterführung des Projektes Take-off, eines Präventionsprogrammes für Jugendliche im sekundären Bereich für die Jahre 2002 bis 2004.
LRB 2002/1577 betr. Weiterführung des Projektes Take-off.
Verpflichtungskredit: Fr. 865'000
Budget 2002: Fr. 50'000
Budget 2003: Fr. 265'000

Rahmenbedingungen

Konsolidierung der Gesetzgebung im Gesundheitswesen; Schaffung von mehr unternehmerischem Freiraum für die öffentlichen Spitäler

- 3.01.20 Abschluss der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes.
Die fachliche Anhörung wurde durchgeführt. Es folgen die Vernehmlassung und die Vorlage an den Landrat.

Abschluss der Anschlussarbeiten an die Revision des Spitalgesetzes des Jahres 2002 mit Schwerpunkt Neuregelung der Chefarztbesoldung.
Änderung des Personaldekretes
- 3.01.22 Erarbeiten der Vorlage für ein Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter.
Vorlage an den Landrat

Ziele**Massnahmen****Aus- und Weiterbildung**

Die Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen wird auf der Basis der neuen Bildungssystematik sowie der nachfolgenden Regelung durch das Berufsbildungsgesetz in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt umgesetzt.

- | | |
|---------|--|
| 3.01.26 | Die Integration der Pflegeassistentenschulen des Kantonsspitals Bruderholz und des Kantonsspitals Laufen wird gemäss Lehrortsprinzip implementiert. Die Gesamtverantwortung für diese Ausbildung liegt bei der Berufsschule für Pflege (gemäss Vorgaben des SRK). Die Praxisinstitutionen werden die Ausbildungsverträge mit den Lernenden abschliessen. Die Berufsschule für Pflege übernimmt neben dem theoretischen Unterricht die Verantwortung für den dritten Lernort (Lernwerkstatt) und die Lehraufsicht. |
| 3.01.27 | Der Aufbau der neuen Ausbildung Fachangestellte Gesundheit wird in Kooperation mit dem Kanton Basel-Stadt erarbeitet. Das bedeutet: Aufbau des theoretischen Unterrichts mit Integration des allgemeinbildenden Unterrichts, Aufbau der Organisation der Arbeitswelt mit überbetrieblichen Kursen, Aufbau des Lehrortsprinzips mit Lehraufsicht durch das Amt für Berufsbildung BL und BS, Aufbau der praktischen Ausbildung und Aufbau des Marketings für diesen neuen Beruf. Im Jahre 2004 werden zwei Pilotkurse angeboten. |

Programmpunkt Nr. 3.02**Arbeit**

Das Jahresprogramm des KIGA 2003 ist geprägt von den Neuerungen, welche z.T. bereits 2002 in Angriff genommen wurden, 2003 aber in den «Dauerbetrieb» übergehen sollen. Dazu zählen namentlich der Freie Personenverkehr mit der EU/EFTA, die Bekämpfung der Schwarzarbeit, aber auch das Projekt «ePublic». Neue Herausforderungen werden die Umsetzung des Einspracheverfahrens ATSG und eventuell das Projekt «Globalbudget für die arbeitsmarktlichen Massnahmen» sowie auch ein allfälliges Inkrafttreten der AVIG-Revision 2003 darstellen.

Ziele**Massnahmen**

Freier Personenverkehr EU— CH

3.02.05
(neu)

Aktualisierung und Bereitstellung der notwendigen formellen, organisatorischen und personellen Infrastruktur zur

1. Umsetzung der schrittweisen Einführung des freien Personenverkehrs unter Berücksichtigung der Übergangsregelung für Ausländergesuche aus EU/EFTA.
2. Umsetzung der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO 2) für Ausländergesuche ausserhalb EU/EFTA
3. Umsetzung der Konsequenzen im Vollzug der Arbeitslosenversicherung (RAV und Öffentliche Arbeitslosenkasse)

Reduzierte Einnahmen aus Bewilligungsgebühren für die arbeitsmarktlichen Prüfungen (Konto 2210.431.50)

Flankierende Massnahmen zum Freien
Personenverkehr EU – CH

3.02.06
(neu)

Vorbereitung mittels

1. Konstituierung der Tripartiten Kommission (TPK), Erlass der entsprechenden Verordnung, Wahl der Mitglieder durch den Regierungsrat.
2. Aufbau des TPK-Sekretariates im KIGA, Abteilung Arbeitsbedingungen.
3. Vertiefung des Fachwissens betreffend Allgemeinverbindlicherklärungen von Gesamtarbeitsverträgen und Erlass von Normalarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen.
4. Bereitstellung der notwendigen Hilfsmittel für die Umsetzung des neuen Entsendegesetzes.

Projekt «ePublic BL» – Bewilligungen für
ausländische Arbeitnehmende

3.02.07
(neu)

Inbetriebnahme des zur Zeit als Konzept vorliegenden Projekts, im Rahmen des Projektauftrages, ab 1.1.03.
EDV-Budget VSD

Ziele		Massnahmen
Bekämpfung der Schwarzarbeit	3.02.03	Umsetzung des Vollzugskonzeptes, primär der zentralen Kontroll- und Koordinationsaufgaben. <i>Lohnbudget 2210, nicht beim KIGA budgetierte Einnahmen durch Bussen</i>
Arbeitslosenversicherung	3.02.01	Allgemeiner Teil des Sozialversicherungsgesetzes (ATSG), Einspracheverfahren reibungslose Umsetzung im Vollzugsbereich der Arbeitslosenversicherung ab 1.1.2003. Umsetzung der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) 2003, falls in Kraft tretend. Teilnahme am Pilotprojekt des seco «Globalbudgets für arbeitsmarktliche Massnahmen», falls BL berücksichtigt wird. <i>Aufwandminderung beim Kantonsgericht, Abt. Sozialversicherungsrecht</i>
Kinderzulagen	3.02.08 (neu)	Vorbereitung einer Revisionsvorlage zum Kinderzulagengesetz durch die Zentrale Aufsichtskommission für Kinderzulagen (ZAK, Sekretariat beim KIGA). <i>Vorlage an den Landrat</i>

Programmpunkt Nr. 3.03**Wirtschaftspolitik**

Die Wirtschaftspolitik fusst auf dem Regierungsprogramm 1999-2003 («Der Ausbau der Standortgunst des Kantons Basel-Landschaft»), das nach wie vor gültig ist, dessen Inhalte aber in einzelnen Teilen aufgrund laufender Entwicklungen angepasst wurden und werden. Ein qualitativ hochstehender Wirtschaftsstandort zeichnet sich nicht nur durch gute Rahmenbedingungen, sondern auch durch einen unkomplizierten Zugang zu Verwaltung und Regierung aus. Der Regierungsrat hat erkannt, dass das Dienstleistungszentrum der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft diesem Erfordernis nur schon aus Distanzgründen nicht vollständig gerecht werden kann. Entsprechend wurde die so genannten «Bestandespflege» in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung zurückgenommen und im Generalsekretariat der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion eine zentrale Anlaufstelle für Anliegen der Baselbieter Wirtschaft geschaffen. Der Leistungsauftrag des Dienstleistungszentrums «Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft» wurde überarbeitet. Priorität haben nunmehr die aktive Ansiedlungsförderung und die Standortwerbung sowie die Betreuung von gründungswilligen Personen (neue Firmen).

Ziele		Massnahmen
Wirtschaftsbericht	3.03.01	Die Neuauflage des Wirtschaftsberichtes in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt wurde mit Blick auf die Verfügbarkeit aktualisierter Daten vom Jahr 2002 auf das Jahr 2003 verschoben.
Tourismus Etablierung einer professionellen Tourismusorganisation unter dem Namen Basel-land Tourismus	3.03.02	Umsetzung der neuen Tourismus-Politik des Kantons auf der Basis eines neuen Tourismusgesetzes. <i>Vorlage an den Landrat</i> <i>Budget 2003: Jahresbeitrag Fr. 300'000.–</i>
Familie und Beruf Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über das Impulsprogramm «Familie und Beruf» gemäss Wirtschaftsbericht BL 2000	3.03.04	Umsetzung des Impulsprogramms «Familie und Beruf» für die Jahre 2002 bis 2004. Die Finanzierung erfolgt über den Wirtschaftsförderungsfonds.

Programmpunkt Nr. 3.04**Landwirtschaft**

Die agrarpolitischen Vorgaben des Bundes sind im Vollzug laufend umzusetzen. Über die Grundausbildung, Weiterbildung und Beratung sind die Landwirte und Landwirtinnen zu befähigen, sich den wandelnden Bedürfnissen anzupassen. Auf kantonaler Ebene sind je nach Bedarf Ergänzungsmassnahmen bereitzustellen.

Ziele**Massnahmen****Bildung, Weiterbildung, Beratung**

Modularisierung der hauswirtschaftlichen Ausbildung	3.04.12	Aufbau und Einführung der modularen Ausbildung nach den Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie.
---	---------	---

Anpassung an das neue Bundesgesetz über die Berufsbildung	3.04.16 (neu)	Notwendige Anpassungen definieren und Umsetzung vorbereiten.
---	---------------	--

Landwirtschaftliche Produktion

Erfassen der genauen landwirtschaftlichen Nutzflächen	3.04.14	Aufgrund der Luftbilder werden durch das Landw. Zentrum Ebenrain die landwirtschaftlichen Nutzflächen neu bestimmt.
---	---------	---

Förderung des Tafelkirschenanbaus	3.04.17 (neu)	RRB Nr. 2275 vom 28. November 2000: Das Programm mit Gesamtkosten von rund Fr. 230'000.– wird wie geplant durchgeführt (2003 Pflanzung von ca. 4 ha). Budget 2003: Jahrestanche Fr. 50'000.–
-----------------------------------	---------------	---

Infrastruktur

Umschuldung von Bauernbetrieben, welche unverschuldet oder infolge der neuen Agrarpolitik in eine Notlage geraten	3.04.15	Einsatz von Betriebshilfedarlehen. Bereitstellen von kantonalen Mitteln, damit Bundesmittel ausgelöst werden können.
---	---------	--

Programmpunkt Nr. 3.05**Wald**

Das Sicherstellen der nachhaltigen Erfüllung aller Waldfunktionen ist eine gemeinsame Aufgabe von Waldeigentümern und Öffentlichkeit. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldeigentümer soll unterstützt und das Wissen der Öffentlichkeit und Behörden über Bedeutung und Schutz des Waldes gefördert werden.

Ziele**Massnahmen****Walderhaltung**

Erhalten und Verbessern einer qualitativ und quantitativ nachhaltigen Entwicklung des Waldes	3.05.05	Weiterführung des Waldwiederherstellungsprojektes nach dem Orkan «Lothar». LRB 2001/1282 betr. Verpflichtungskredit Behebung der Schäden im Wald verursacht durch den Orkan «Lothar» Verpflichtungskredit (netto) Fr. 4'021'000 Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 1'753'475 Budget 2002: Fr. 1'288'200 Budget 2003: Fr. 295'700
--	---------	---

Weiterführung der Waldschadenuntersuchungen. LRB 2000/556 betr. Waldschadenuntersuchungen	
Verpflichtungskredit	Fr. 671'200
Nettoausgaben bis Ende 2001:	Fr. 337'965
Budget 2002:	Fr. 170'000
Budget 2003:	Fr. 172'000

Stärken der Forstbetriebe als Garanten einer qualitativ guten und nachhaltigen Waldpflege durch das Sicherstellen der Marktfähigkeit des einheimischen Rohstoffes Holz	3.05.07	Entflechtung der hoheitlichen und der betrieblichen Aufgaben. Schaffung von Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Ausrichtung der Forstbetriebe.
--	---------	---

Ziele

Erhöhung des Wissens und der Sensibilität der Bevölkerung über und für das Ökosystem Wald

Massnahmen

3.05.08 Förderung des waldspezifischen Schulunterrichtes in den Unter- und Oberstufen.

Waldnaturschutz

Erhöhung der für Naturschutzanliegen ausgedehnten Waldflächenanteile

3.05.06 Umsetzung des Konzeptes «Naturschutz im Wald» unter Einbezug des Waldnaturschutzkonzeptes beider Basel.

Programmpunkt Nr. 3.06**Vermessungs- und Meliorationswesen**

Umsetzung des Landratsbeschlusses Geographisches Informationssystem (GIS) in der Verwaltung und in den Gemeinden. Abschluss der Realisierung der neuen amtlichen Vermessung 1. Etappe 1996-2000 und Fortsetzung der 2002 begonnenen 2. Etappe 2001-2008 gemäss Landratsbeschluss 2001. Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen und von Einzelprojekten in den Gemeinden.

Ziele**Geografisches Informationssystem GIS**

Förderung und Nutzung von GIS Systemen, Applikationen und Daten

Massnahmen

3.06.01 Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses «Geographisches Informationssystem (GIS) Basel-Landschaft».

LRB 1013/2001 betr. GIS

Verpflichtungskredit: Fr. 2'800'000

Budget 2002: Fr. 491'000

Budget 2003: Fr. 458'000

3.06.08 Realisierungsbeginn der Projekte Meta-Informationssystem, GIS BL im Internet und Datenvertrieb. Integration Walddaten, Richtplan, Grundwasserschutzzonen, Bodenkarten und Naturschutzinventare in das Geo Data Warehouse.

3.06.02 Betrieb der GIS-Fachstelle als Dienstleistungsbetrieb für GIS bezogene Projekte. Betreuung von GIS-Projekten in den Dienststellen der Verwaltung BL und Beratung für die Gemeinden.

Amtliche Vermessung 93

Abschluss der 1. Etappe, Start der 2. Etappe 2001 - 2008

3.06.04 Der Abschluss der 1. Etappe der Realisierung der AV93 über die Jahre 1996 bis 2000 setzt sich gemäss Werkverträgen fort und wird 2003 vollständig mit Schlussberichterstattung erfolgen.

2003 wird die 2002 begonnene Realisierung der 2. Etappe AV93 2001 - 2008 fortgesetzt gemäss dem mit dem Bund vereinbarten Programm.

LRB 98/95 betr. Realisierung der Neuen Amtlichen Vermessung (AV93), 1. Etappe

Verpflichtungskredit: Fr. 9'700'000

Abschlussarbeiten 2003: Fr. 80'000

Einnahmen: Beitrag Gemeinden 2003: Fr. 151'500

LRB 1281/2001 betr. Realisierung der Neuen Amtlichen Vermessung (AV93) 2. Etappe

Verpflichtungskredit Fr. 13'106'000

Ausgaben Budget 2003: Fr. 1'195'580

Einnahmen: Beitrag Bund 2003: Fr. 114'645

Einnahmen: Beitrag Gemeinden 2003: Fr. 866'590

Ziele**Massnahmen****Bodenverbesserung**

Förderung von Planung und Realisierung rationeller Infrastrukturen für die landwirtschaftliche Bodenbewirtschaftung	3.06.06	Weiterführen der laufenden Bodenverbesserungsunternehmen sowie Verfügbarmachen aller beim Bund vorgesehenen finanziellen Bodenverbesserungshilfen für den Kanton. Konto 2230.364.00-1; Jahrestanche 2003: 0.50 Mio. Fr. (abhängig von Verfügbarkeit Bundeskredite zu Gunsten Kanton BL)
	3.06.05	Einleitung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen. Weiterbehandlung von angemeldeten Beitragsgesuchen für Finanzhilfen an Meliorationsprojekte sowie Beratungen betreffend Bodenverbesserungen in den Gemeinden. Nicht kostenwirksam im Budget 2003: Auftrag gemäss Dienstordnung VMA, Fachstelle Melioration
	3.06.07	Realisierung der zweiten Jahresetappe für die digitale Sicherung der alten Meliorationsleitungspläne bei der Fachstelle Melioration, Meliorationspläne Laufental. Nicht kostenwirksam im Budget 2003: Erfassung mit verwaltungsinternen personellen und materiellen Ressourcen (gemäss Ergebnis Vernehmlassung Landratsvorlage zum Meliorationsleitungskataster MLK, 2000)

Programmpunkt Nr. 3.07**Rheinhäfen**

Die Rheinhäfen in Birsfelden und Muttenz werden weiterentwickelt zum Zwecke einer optimalen Nutzung. Der durch die gewerbliche Schifffahrt genutzte umweltfreundliche Gütertransport und -umschlag in den beiden Baselbieter Rheinhäfen wird durch geeignete Massnahmen unter Wahrung der Sicherheit und unter Schonung der Umwelt gefördert. Die eingeleiteten Überlegungen zur Optimierung der Zusammenarbeit mit den baselstädtischen Rheinhäfen werden weiterverfolgt. Für den wasserseitigen Einsatz von Sicherheitsmitteln wird eine Einsatzbasis geplant. Der Entwicklung bezüglich massiver Verlagerung der Mineralöltransporte von der Strasse auf die Bahn infolge der LSVA wird mit einem entsprechenden Projekt Hafenbahn Rechnung getragen.

Ziele**Massnahmen**

Container-Terminal im Rheinhafen Birsfelden	3.07.01	Der geplante Container-Terminal wird voraussichtlich im Jahr 2003 in Betrieb genommen. Die notwendigen Investitionen des Kantons für die Infrastruktur sind zur Zeit noch nicht bekannt.
Optimierung Zusammenarbeit mit den Rheinhäfen Basel-Stadt	3.07.02	Die vertiefte Studie über eine allfällige Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel, ergänzt durch ein gemeinsames Nutzungskonzept und eine Hafenentwicklungsstrategie wurde im Sommer 2002 vorgelegt. In den beiden Regierungen BL und BS, allenfalls unter Einbezug des Landrates, wird im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes ein Grundsatzentscheid zu fällen sein. Je nach Entscheid werden die weiteren Arbeiten fortgeführt.
Optimierung und Ausbau der Hafenbahn BL	3.07.05 (neu)	Zur Beseitigung der Engpässe im Bereich der Hafenbahn BL wird ein Optimierungs- und Ausbauprojekt mit entsprechender Kreditvorlage an den Landrat vorbereitet.

4 BAU - UND UMWELTSCHUTZDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Gemäss der vom Regierungsrat im Jahre 2001 verabschiedeten Leitideen gilt es auch für die Bau- und Umweltschutzdirektion die hohe Standortgunst für Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern, sich für naturnahe und attraktive Erholungsräume einzusetzen und die regionale Zusammenarbeit zu verstärken, dies alles nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit, das sich wie ein roter Faden durch alle Tätigkeiten zieht.

Programmpunkt Nr. 4.01

Umweltschutz und Energie

Übersicht

Zur Zeit wird die Strategie Nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft überarbeitet und derjenigen des Bundes weiter angenähert. Es wird ein Controllingsystem erarbeitet, das anhand von Indikatoren ermöglichen soll, die Position des Kantons auf Nachhaltigkeit zu beurteilen.

Ziele

Massnahmen

Katastrophenschutz

Verbesserung des Katastrophenschutzes

4.01.03 Die stationären Risiken und die Risiken auf Strassen sollen mit der geographischen Darstellung die Bevölkerung, die Gemeinden und andere kantonale Dienststellen informieren.
Einführung GIS verzögert

- | | |
|--------------------------|--------------------------------------|
| 1. Sachaufwand 2003: | Betrifft mehrere Dienst- |
| 2. Personalaufwand 2003: | stellen der BUD |
| 3. Projektstand 2003: | Einführung GIS in der BUD verzögert. |

4.01.04 Die Risiken durch den Transport gefährlicher Güter sind durch geeignete Sicherheitsmassnahmen an den Verkehrsträgern und durch organisatorische Massnahmen zu minimieren.
Vorlage 2002/176

- | | |
|--------------------------|--|
| 1. Sachaufwand 2003: | Betrifft mehrere Dienststellen |
| 2. Personalaufwand 2003: | der kantonalen Verwaltung |
| 3. Projektstand 2003: | der RR hat die LR-Vorlage mit RRB Nr. 1191 vom 16.07.2002 an den LR überwiesen |

Nichtionisierende Strahlung

4.01.31 (neu) Erhebung und Messkampagne zur Ermittlung der Exposition der Bevölkerung durch nichtionisierende Strahlung.

- | | |
|--------------------------|-----------------------------------|
| 1. Sachaufwand 2003: | Konto 2371.318.20
Fr. 50'000.- |
| 2. Personalaufwand 2003: | 0,8 Personenjahre |
| 3. Projektstand 2003: | Umsetzung im Gange |

Luftreinhaltung

4.01.01 Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplanes sowie Durchführung von Infokampagnen zur Förderung von umweltfreundlichem Gerätebenzin und von lösemittelarmen Produkten.

- | | |
|--------------------------|------------------------------------|
| 1. Sachaufwand 2003: | Konto 2371.318.20
Fr. 100'000.- |
| 2. Personalaufwand 2003: | 0,8 Personenjahre |
| 3. Projektstand 2003: | Umsetzung im Gange |

Ziele**Massnahmen****Regionale Entwässerungsplanung**

Regionale Entwässerungsplanung für
Gebiet Birs, Birsig und Ergolz

4.01.08

Die Erarbeitung der Regionalen Entwässerungsplanung (REP) Birs zusammen mit den Kantonen BS, BE, JU und SO tritt in die zweite Phase ein. Die Erarbeitung Regionale Entwässerungsplanung REP Birsig und Ergolz Phase 1 muss wegen fehlender Budgetmittel verschoben werden.

1. Sachaufwand 2003: Konto 2330.318.20
0,17 Mio. Fr.
2. Personalaufwand 2003: 0,35 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Auswertung Bestandesaufnahmen

Gewässerschutz

Gewässerschutzverordnung

4.01.07

Gestützt auf das revidierte Gesetz über den Gewässerschutz (LRV 2000/157) erlässt der Regierungsrat eine Gewässerschutzverordnung.

1. Sachaufwand 2003: keine externen Kosten;
2. Personalaufwand 2003: Eigenleistungen von 0,02 Personenjahren
3. Projektstand 2003: Erlass der Verordnung durch den Regierungsrat

Mitwirkung bei der Bestandesaufnahme
der Herkunft von Verunreinigungen im
Grundwasser am Oberrhein, Inter-
reg III-Projekt

4.01.32
(neu)

Mitwirkung in der Expertengruppe «Wasserressourcen» der Oberrheinkonferenz bei der Erarbeitung der Projekte «Modellierung», «Indikatoren» und «Pädagogisches Modell» zum Schutz der Grundwasserressourcen am Oberrheingraben.

1. Sachaufwand 2003: Finanzierung über das INTERREG Budget
2. Personalaufwand 2003: 0,05 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Durchlaufendes Projekt 2002-2005

Verbesserung der Gewässerqualität im
Bereich von lokalen und regionalen Klär-
anlagen

4.01.12

Landratsvorlage für den Ausbau von zwei weiteren lokalen Kläranlagen (Rünenberg-Süd und Liesberg anstelle der ursprünglich vorgesehenen Anlagen Anwil und Oltingen)
Die im Regierungsprogramm 1999 - 2003 u.a. vorgesehenen Ausbauten der lokalen Kläranlagen Zeglingen und Anwil werden zugunsten dringenderer Vorhaben und aus finanziellen Gründen zurückgestellt.

1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.318.20
0,02 Mio Fr.
2. Personalaufwand 2003: 0,1 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Rünenberg Süd: aus finanziellen Gründen zurückgestellt; Liesberg: Mitte Jahr LR-Beschluss rechtskräftig und Ausführungsprojekt im Gange

4.01.13

Landratsvorlage für den Ausbau der regionalen Kläranlagen in Reigoldswil und Bubendorf

1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.318.20
0,15 Mio Fr. (ARA Frenke 3) und
Konto 2341.501.51-061
0,1 Mio Fr.
2. Personalaufwand 2003: 0,2 Personenjahre
3. Projektstand 2003: ARA Frenke 1: Mitte Jahr LR-Beschluss rechtskräftig und Ausführungsprojekt im Gange
ARA Frenke 3: LR-Vorlage Ende 2003 im Entwurf vorliegend

4.01.14

Landratsvorlage zum Ausbau der ARA Birs 2 inkl. Mischwasserbehandlung im Netz in Birsfelden

Ziele**Massnahmen**

1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.510.51-066
1.5 Mio Fr. (ARA Birs 2) und
Konto 2341.510.52-118
0.1 Mio Fr. (Anlagen im Netz)
2. Personalaufwand 2003: 0.6 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Mitte Jahr LR-Beschluss rechtskräftig und Ausführungsprojekte im Gange
2003 im Entwurf vorliegend

4.01.15 Die unter Programmpunkt 4.01.15 im Regierungsprogramm 1999 - 2003 aufgeführte Vorlage einer neuen Schlamm-trocknungsanlage ist zugunsten der Verbrennung des Klärschlammes in bestehenden Öfen der ARA Basel fallen gelassen worden.

Landratsvorlage zur Optimierung der Schlammbehandlung auf der ARA Ergolz 2

1. Sachaufwand 2003: Konto 2341.501.51-074
0.2 Mio Fr.
2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre
3. Projektstand 2003: LR-Beschluss bis Ende 2003 rechtskräftig

Abfallvermeidung

Impulsprojekte Abfallvermeidung und Ressourcenschonung

4.01.17 Start der Projektarbeit in den Handlungsfeldern
– Betriebe
– öffentliche Beschaffungen
– Sport und Freizeit

LRB 1384/2001

1. Sachaufwand 2003: Konto 2330.318.20
0,1 Mio.Fr.
2. Personenaufwand 2003: 1,2 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Beginn von 2 bis 3 der insgesamt 5 bis 6 Projekte

Altlasten/belastete Standorte

Systematische Erfassung belasteter Betriebsstandorte

4.01.18 Erfassung und Bewertung der belasteten Standorte in den wichtigsten Teilregionen des Kantons; schrittweiser Aufbau des Katasters gemäss Altlastenverordnung.

LRB 962/1992

1. Sachaufwand 2003: Konto 2330.318.20
0,15 Mio. Fr.
2. Personalaufwand 2003: 1,2 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Erfassung zu 2/3 abgeschlossen

Untersuchung von potentiellen Altlasten (u.a. Deponien mit Chemieabfällen) und Einleitung der erforderlichen Massnahmen

4.01.19 Ergänzende Untersuchungen an den Deponien Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse, MuttENZ; Einleiten der erforderlichen Schritte.
Überprüfung weiterer potentieller Altlasten.

1. Sachaufwand 2003: Konto 2330.365.80-200:
0,05 Mio. Fr.
2. Personalaufwand 2003: 0,4 Personenjahre
3. Projektstand: Hauptphase der Bearbeitung

Ziele**Massnahmen****Energie**

Ersatz nicht erneuerbarer Energie durch erneuerbare Energie: Zunahme der Nutzung der erneuerbaren Energiequellen im Kanton um 3% gegenüber dem Jahr 2000

4.01.21.1 Bau einer Vergärungsanlage für die Verwertung von Grüngut
Baukreditvorlage an Landrat

1. Sachaufwand 2003: Konto 2343.501.60-052:
0.1 Mio Fr.
2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Bis Ende 2003 LR-Beschluss rechtskräftig (sofern Vereinbarungen mit Abfalllieferanten vorhanden)

Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bestehender Energieanlagen des Kantons und Aufbau von Wärmeverbünden mit alternativen Energieträgern

4.01.22 Projektierungsarbeiten zum Netzausbau Fernwärme Kriegacker Muttentz, sofern Verhandlungen mit potentiellen Bezüglern erfolgreich verlaufen.
Baukreditvorlage an den Landrat.

Reduktion des CO₂-Ausstosses durch:

- Verminderung des Verbrauchs fossiler Energie
- Steigerung der Energie-Effizienz/-Effektivität

4.01.30 Überarbeitung/Anpassung diverser rechtlicher Grundlagen wie:

- Grundsätze der kantonalen Energiepolitik
- Energiegesetz (Landratsvorlage)
- Verordnung über Förderbeiträge

1. Sachaufwand 2003: Konto 2344.501.60-073:
0.1 Mio Franken
2. Personalaufwand 2003: 0.1 Personenjahre
3. Projektstand 2003: LR-Beschluss bis Ende 2003 rechtskräftig (sofern weitere Anschlussverträge im Entwurf vorhanden)

Programmpunkt Nr. 4.02**Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr****Übersicht**

Der mit dem Bericht «Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr» 1976 eingeleitete Ausbau von Vorortsbahnen und Waldenburgerbahn geht in dieser Legislaturperiode seinem Ende entgegen.

Folgende baulichen Ausbauschritte sind weiter vorgesehen:

Ausbau der Vorortslinien, in erster Priorität der Linie 11 mit der Absicherung (teilweise Aufhebung) sämtlicher Niveauübergänge. Überarbeitung der Planung der Linie 10 mit der Erneuerung der Doppelspur zwischen Münchenstein-Dorf und der Griebengasse in Arlesheim. Bei der Waldenburgerbahn steht als letzte Sanierungsmassnahme ab dem Jahr 2003 die Verkehrstrennung Schiene/Strasse in Oberdorf an.

Ziele**Massnahmen****Trasseausbauten****Vorortslinien BLT**

Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene/Strasse

4.02.02 Aufhebung bzw. Absicherung diverser Niveauübergänge entlang der BLT-Linie 11 in Münchenstein, Reinach und Aesch; Weiterführen und Abschluss diverser Plangenehmigungsverfahren (PGV).

Verpflichtungskredite für Trassesanierung inkl. Landerwerb BLT-Linie 11:

- LRB 2481/1995 (total 38.3 Mio. Fr.)
 - LRB 1478/2002 (total 1.4 Mio. Fr.)
1. Sachaufwand 2003: Konto 2317.501.40-003:
(Jahrestranche: 2 Mio. Franken)
 2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahre
 3. Projektstand 2003: Abschluss der PGV

Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit	4.02.03	Trasseausbau der BLT-Linie 10 im Abschnitt zwischen Münchenstein Dorf und Griebengasse kann nicht wie vorgesehen abgewickelt werden, weil das PGV stockt (z.B. Einsprachen) und das Projekt überarbeitet werden muss. Verpflichtungskredit LRB 1348/1989 (total 68.1 Mio. Fr.) 1. Sachaufwand 2003: Konto 2317.501.40-002: (Jahrestranche: 2 Mio. Franken) 2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Ausführungsprojekt Münchenstein bis Griebigasse vorliegend
--	---------	---

Trasseerneuerung WB

Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene/Strasse	4.02.04	Weitgehende bauliche Trennung Schiene/Strasse in Oberdorf (Bauprojekt, PGV getrennt in Abschnitt Winkelweg und Ortsdurchfahrt); Weiterführung der Arbeiten im Abschnitt Winkelweg; Baubeginn im Abschnitt Ortsdurchfahrt abhängig vom Verlauf Plangenehmigungsverfahren.
	4.02.05	Beginn der Realisierungsarbeiten zur Absicherung der wichtigsten Niveauübergänge in Oberdorf. LRB 1988/1999 (total 12 Mio. Fr.) 1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.20-134: (Jahrestranche: 2 Mio. Franken) 2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Planaufgabe Ortsdurchfahrt

Programmpunkt Nr. 4.02

Verkehr und Bau / Individualverkehr

Übersicht

Die eingeschränkten finanziellen Mittel sollen gezielt für den qualitativen Strassenbau eingesetzt werden. Dies bedeutet die Erhaltung der bestehenden Infrastrukturen. Mit einer langfristigen Planung soll der Strassenverkehr möglichst auf wenige, leistungsfähige Hauptachsen (Hochleistungsstrassen) konzentriert werden.

Nach dieser Zielsetzung werden mit erster Priorität die Umfahrung Sissach sowie der Bau der H2 vorangetrieben, die Detailprojektierung für die H2 Pratteln - Liestal weiterbearbeitet sowie die Planung der H18 Umfahrungsstrassen in Laufen/Zwingen weiter verfolgt.

Ebenfalls im Rahmen des qualitativen Strassenbaus wird das kantonale Radroutennetz mit Schwerpunkt in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet) weiter ausgebaut.

Ziele

Massnahmen

N2 Belchentunnel

Substanzerhaltung	4.02.10	Abschluss der Bauarbeiten für die Instandsetzung der zweiten Röhre 1. Sachaufwand 2003: Konto 2314.501.30-998/999 (Jahrestranche: brutto ~40 Mio. Fr.; Kantonsanteil BL netto ~3.5 Mio. Fr.) 2. Personalaufwand 2003: 2.0 Personenjahre 3. Projektstand 2003: Abschluss Instandsetzung 2. Röhre bis Ende 2003
-------------------	---------	---

Ziele**Massnahmen****H2 Umfahrung Sissach**

Fortsetzung Bauarbeiten

4.02.11

Ausführung der Bauarbeiten im Hinblick auf eine mögliche Fertigstellung im 1. Semester 2005 (aufgrund der durch den Tagbruch erlittenen Verzögerung).

Verpflichtungskredit LRB 77/1987 (total 0.87 Mio. Fr.)

Verpflichtungskredit LRB 2696/1991 (total 179 Mio. Fr.)

1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.20-104
(Jahrestranche: 40.0 Mio. Fr. brutto)

2. Personalaufwand 2003: 2.5 Personenjahre

3. Projektstand 2003: Detailprojekt Ausrüstung

H2 Liestal - Pratteln

Ausführungsprojekt

4.02.12.03

Beginn der Projektierungsarbeiten für das Ausführungsprojekt, evtl. Baubeginn Abschnitt Süd

Verpflichtungskredit LRB 2418/1995 (total 248 Mio. Fr.)

1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.20-004
(Jahrestranche: 5,0 Mio. Fr.)

2. Personalaufwand 2003: 2.0 Personenjahre

3. Projektstand 2003: Ausführungsprojekt vorliegend

4.02.12.04

Ausarbeiten des Verkehrskonzepts Liestal unter Berücksichtigung der baulichen Sanierung der Umfahrung Liestal.

Verpflichtungskredit LRB 1217/2001 (total 0.9 Mio. Fr.)

1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.10-138
(Jahrestranche: 0,5 Mio. Fr.)

2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre

3. Projektstand 2003: Entwurf Verkehrskonzept vorhanden

H18 Umfahrung Laufen/Zwingen

Erschliessung der Region
Entlastung Ortsdurchfahrten

4.02.14

Ausarbeitung Generelles Projekt inkl. Variantenvergleich und stufengerechte UVP

4.02.15

Generelles Projekt und Projektierung für Definitives Projekt: *Kreditvorlage an den Landrat für generelles Projekt (ca. Sommer 2004)*

Verpflichtungskredit LRB 672/2000 (total 3 Mio. Fr.)

1. Sachaufwand 2003: Konto 2312.501.10-013
(Jahrestranche: 0,5 Mio. Fr.)

2. Personalaufwand 2003: 0.8 Personenjahre

3. Projektstand 2003: Planungsstudie

Nationalstrassen, kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen

Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft
und Substanzerhaltung

4.02.16

Erhaltung der Kunstbauten und Erneuerung der Fahrbahnen, Nachrüsten der Anlagen (Verkehrssleitsystem, Lärm- und Grundwasserschutzbauten)

Diverse Konti Investitionsrechnung + Laufende Rechnung unter der Kontogruppe 2313 und 2314

Verkehrsentlastung der Dorfkerne

4.02.16.02

Überarbeitung «Gestaltungsrichtlinie», Abschluss

Konto 2312.318.20 (Jahrestranche 2003: 0.01 Mio. Fr.)

Ziele**Massnahmen****Kantonales Radroutennetz**

Weiterausbau

4.02.17

Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Bauausführung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet)

Verpflichtungskredit 31/1996 (total 22.7 Mio. Fr.)

Verpflichtungskredit 74/1998 (total 25 Mio. Fr.)

Konto 2312.501.20-007 (Jahrestanche 2003: 2 Mio Fr.)

Programmpunkt Nr. 4.02**Verkehr und Bau / Wasserbau****Übersicht**

Der Wandel von Umweltbewusstsein und die Anforderungen an den Wasserbau, speziell an den Hochwasserschutz und die Revitalisierungen, gehen einher. Das neue Bundesgesetz über den Wasserbau bezweckt den Schutz von Menschen und Sachwerten vor schädlichen Auswirkungen durch das Wasser. Dieses Ziel soll mit minimalen Eingriffen in die Fließgewässer erreicht werden. Dabei kommt Gefahrenanalyse, Schutzzielen, Zweckmässigkeit der Massnahmenplanung und Begrenzung des Restrisikos zentrale Bedeutung zu.

Das Bundesgesetz über die Fischerei bestimmt, dass die freie Fischwanderung sicherzustellen ist. In diesem Sinne werden unüberwindbare Abstürze laufend in fischgängige Rampen umgebaut.

Ziele**Massnahmen**

Wasserbaukonzept

4.02.18

Der Entwurf für ein revidiertes Wasserbaugesetz sieht eine Massnahmenplanung vor, die aufzeigt, wo welche Massnahmen im Bereich der Revitalisierungen, des Hochwasserschutzes und der Korrekturen mittelfristig zu treffen sind.

Passiver Hochwasserschutz

4.02.19

Erstellen von Gefahrenkarten mit dem Forstamt beider Basel, dem Amt für Raumplanung, dem Amt für Umweltschutz und Energie, dem Tiefbauamt sowie der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung.

Wasserbaugesetz

4.02.20

Bereinigung des revidierten Gesetzes über den Wasserbau und die Nutzung der Gewässer gestützt auf die Vernehmlassung; Antrag und Behandlung im Landrat

Hochwasserschutz

4.02.21

Weiterführung der Arbeiten für Projekt und Bau diverser Objekte (Allschwil, Biel-Benken, Birsfelden, Gelterkinden, Ormalingen und Wenslingen)

Allschwil, Konto 2316.501.90-015, LRV 4.Quartal 2002 (Jahrestanche 2003: 0.1 Mio Fr.)

Biel-Benken, Konto 2316.501.90-999 (Jahrestanche 2003: 0.01 Mio Fr.)

Birsfelden: Konto 2316.501.90-016 (Jahrestanche 2003: 2.0 Mio. Fr.)

Gelterkinden, Konto 2316.501.90-017, LRV 4.Quartal 2002, (Jahrestanche 2003: 0.5 Mio Fr.)

Ormalingen, Konto 2316.501.90-018, LRV 4.Quartal 2002, (Jahrestanche 2003: 1 Mio Fr.)

Programmpunkt Nr. 4.03**Bau und Architektur***Übersicht*

Der Kanton verfügt grundsätzlich über gute, zweckmässige Infrastrukturen zur Bewältigung seiner Aufgaben. In Liestal zeichnet sich weiterhin kurz- bis mittelfristig Raumknappheit ab, hauptsächlich ausgelöst durch weitere Personalaufstockungen in den Bereichen Gerichte, Justiz aber auch in verschiedenen Einzelbereichen aller Direktionen mit erweiterten Leistungsaufträgen. Auf Grund des bestehenden Raumangebots zeichnet sich ab, dass vermehrt Lösungen mit Neubauprojekten zur Deckung des Raumbedarfes gesucht werden müssten.

Die Reduktion der finanziellen Mittel im Bereich der laufenden Rechnung aber insbesondere auch der Investitionsrechnung ab 2003 werden zur Folge haben, dass in erster Linie dringend notwendige werterhaltende Sanierungsmassnahmen ausgeführt werden. Nutzeranforderungen, die Umnutzungen und Erweiterungen bestehender Bauten und Anlagen oder Neueinmietungen bedingen, können nur in beschränktem Masse realisiert werden. Die Umsetzung von Grossprojekten im Neubaubereich muss priorisiert und etappiert werden; Verzögerungen gegenüber den Ansprüchen sind vorprogrammiert.

Ziele**Massnahmen*****Raumbewirtschaftung***

Mit einer zentralen, ganzheitlichen Raumbewirtschaftung sind die Voraussetzungen gegeben, ökonomisch ausgerichtete Lösungen zu planen und umzusetzen.

Schwerpunkte im Jahre 2003 bilden Bauvorhaben in unterschiedlichen Bau- und Planungsprozessen:

- 4.03.14 Übernahme der Sekundarschule zum Kanton.
Der Kanton soll die Sekundarschulen und -anlagen durch die Abgeltung der aktuellen Restschuld, die sie den Standortgemeinden schuldet, übernehmen. Neu wird das Hochbauamt für die Bewirtschaftung der Anlagen zuständig sein. Die Übernahme auf den 01.01.2004 wird vorbereitet.

1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-247:
0,3 Mio. Franken
2. Personalaufwand 2003: 1.5 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Anf. 2003: Volksabstimmung
Ende 2003: erste Planung
Investitionsprojekte gestartet.

Im Bereich **Bauausführung** werden Bauleistungen an folgenden Objekten erbracht:

- 4.03.23 (neu) Liestal, Kantonsspital Um- und Erweiterungsbauten
Das bauliche Konzept sieht ein neues Bettenhaus, eine Erweiterung der Untersuchungs- und Behandlungsbereiche, die Schaffung eines Versorgungszentrums sowie zahlreiche Umbaumassnahmen im bestehenden Bettenhaus und in den Flachbereichen vor.
LRB Nr. 2814/1991, 2016/1994, 1799/1999, 1422/2002
1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-144:
8.0 Mio. Fr.
 2. Personalaufwand 2003: 1.8 Personenjahre
 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Baulicher Bereich abgeschlossen bis auf Umgebungsarbeiten sowie Haustechnikinstallationen
Ende 2003: Abschluss der Haustechnikoptimierungen und -ergänzungen sowie Mängelbehebung

Ziele**Massnahmen**

- 4.03.01 Liestal. Kantonale Psychiatrische Dienste: Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 inklusive Werkstatt- und Bürogebäude
Im Haus 5 der Kantonalen Psychiatrischen Klinik werden optimale, polyvalent nutzbare Patientenstationen geschaffen, sowie ein Therapie-Zentrum für körperbezogene Behandlungen. Gleichzeitig wird dieses Haus vollständig renoviert und der Innenausbau einem zeitgemässen Standard angepasst. Die im Haus 5 verdrängten Büros werden in einem neuen Bürogebäude mit Patientenwerkstatt in unmittelbarer Nähe in einem Neubau untergebracht.
- LRB Nr. 0202/1999, 1288/2001
1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-199:
7.0 Mio. Franken;
2. Personalaufwand 2003: 1.2 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Vorbereitung zur Ausführung, Ausschreibung zu 50% erstellt / Ende 2003: In Ausführung: Haus C; Rohbau 2 Haus A; Ausbau begonnen
- 4.03.03 Liestal, Sanierung und Ausbau Kaserne
Durch den Umbau der alten Kaserne, den Bau eines neuen Dienstgebäudes sowie eines Parking- und Magazingebäudes soll für die künftige Nutzung durch die Führungsunterstützung Heer eine polyvalent nutzbare und zeitgemässe Ausbildungsinfrastruktur für die Armee XXI realisiert werden.
- LRB Nr. 1682/1090, 1789/1999, 0544/2000
1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-114:
16,0 Mio. Franken;
2. Personalaufwand 2003: 1.2 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Dienstgebäude: Rohbau 1; Haupt- und Freizeitgebäude: Abbruch und Demontagen
Ende 2003: Dienstgebäude: Ausbau 2; Haupt- und Freizeitgebäude: Ausbau 1
- 4.03.12 Liestal, Neue Kantonsbibliothek Baselland
An zentraler Lage in Liestal, in unmittelbarer Bahnhofsnähe soll das Gebäude der ehemaligen Weinhandlung Roth für die Kantonsbibliothek umgebaut werden. Es wird eine moderne, hochfrequentierte Bibliothek im Sinne eines kulturellen Treffpunkts mit attraktiven Angeboten, Dienstleistungen und optimalem Betriebskonzept entstehen. Erste Bauarbeiten.
- LRB Nr. 1590/2002
1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-220:
6,0 Mio. Franken;
2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Beginn Vorbereitung der Ausführung
Ende 2003: In Ausführung: Vorbereitung und Rückbau
- 4.03.15 Kantonsspital Bruderholz; Sicherheitsrelevante Sofortmassnahmen;
Verschiedene der über 30-jährigen technischen Anlagen entsprechen nicht mehr den Sicherheitsanforderungen, welche an ein modernes Spital gestellt werden. Die geplanten Massnahmen sind für die kurz- und mittelfristige Aufrechterhaltung des Spitalbetriebes unabdingbar. Im Zusammenhang mit der noch offenen Spitalplanung muss festgehalten werden, dass diese Massnahmen keine Konsequenzen auf zukünftige Entwicklungsvarianten haben.

Ziele**Massnahmen**

1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-236:
2,0 Mio. Franken
 2. Personalaufwand 2003: 0.4 Personenjahre
 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Baukreditvorlage
überwiesen an Landrat
Ende 2003: In Ausführung,
Baubeginn im 3. Quartal
- 4.03.16 Kantonsspital Bruderholz, Aufstockung offenes Parkdeck. Das ungenügende Parkplatzangebot soll durch die Erstellung eines zweiten Parkdecks entschärft werden. Das Angebot kann um 116 Parkplätze erhöht werden. Erste Bauarbeiten.
1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-243:
1.5 Mio. Franken
 2. Personalaufwand 2003: 0.3 Personenjahre
 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Vorbereitung der Ausführung / Ende 2003: Bau vollendet
- 4.03.17 Liestal, Zusammenführung Amt für Bevölkerungsschutz und Militärverwaltung
Mit dem organisatorischen Zusammenschluss des Amtes für Bevölkerungsschutz und der Militärverwaltung soll ein Kompetenzzentrum in Sachen Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz unter einem Dach entstehen. Die baulichen Investitionen beinhalten eine Verdichtung im Zeughaus, Oristalstrasse 100 und die Integration von 22 Arbeitsplätzen des Amtes für Bevölkerungsschutz. Landratsbeschluss vorbehalten. Erste Bauarbeiten.
- Landratsvorlage 2002/154
1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-245:
1,7 Mio. Franken
 2. Personalaufwand 2003: 0.6 Personenjahre
 3. Projektstand 2003: Anf. 2003: Vorbereitung der Ausführung / Ende 2003: In Ausführung, Ausbau 1 abgeschlossen.
- Bauprojektvorlagen (Landratsvorlagen) für folgende Projekte:**
- 4.03.09 Oberwil, Gymnasium Mediothek Umbau und Sanierung. Das Gymnasium Oberwil wird räumlich erweitert und teilsaniert. Die Mediothek wird neu platziert und vergrössert sowie der Eingangs- und Foyerbereich umgestaltet und mit den notwendigen Nebennutzungen ergänzt.
1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-225:
0,3 Mio. Franken
 2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre
 3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Projektierungsvorlage
überwiesen an Landrat / Ende 2003:
Bauprojekt abgeschlossen
- 4.03.18 Liestal, Erweiterung Staatsarchiv.
Durch die Erweiterung des Staatsarchivs sollen Archivraumkapazitäten für die nächsten 25 Jahre realisiert werden, die notwendigen Arbeitsräume für die Erfüllung der Aufgaben bereitgestellt sowie für das Publikum attraktive Räume und Arbeitsplätze für die Nutzung der Archivalien geschaffen werden.

Ziele**Massnahmen**

LRB Nr. 1504/2002

1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-226:
0,8 Mio. Franken;
2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Anf. 2003: Baukreditvorlage im Landrat
Ende 2003: Baubeginn

- 4.03.19 MuttENZ, Fachhochschule beider Basel, Sanierung Lüftung Chemie / Mensa / Labor.
Die Lüftungsanlagen im 7./8. OG des Hauptgebäudes, in der Aula/Mensa sowie im Labortrakt müssen aus Alters- und Sicherheitsgründen saniert werden. Daneben stehen auch in den Unterrichts- resp. Laborräumen der Abteilung Chemie verschiedene bauliche und infrastrukturelle Massnahmen an.

1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-307:
0,3 Mio. Franken
2. Personalaufwand 2003: 0.3 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Bauprojekt in Abschluss begriffen.
Ende 2003: Beginn Vorbereitung der Ausführung

Basel, Universitätskinderspital beider Basel, Neubau in Basel. Partnerschaftliches Geschäft der beiden Kantone. Die Projektverantwortung liegt beim Baudepartement Basel-Stadt. Für den Neubau wird ein Projektwettbewerb durchgeführt.

Landratsvorlage 2002/136

1. Sachaufwand 2003: Konto 2320.503.30-242:
0.4 Mio. Franken
2. Personalaufwand 2003: 0.4 Personenjahre
3. Projektstand 2003: Anfang 2003: Start Projektwettbewerb; Ende 2003: Resultate Projektwettbewerb

Programmpunkt Nr. 4.04**Raumplanung**

Schwerpunkte der Raumplanung bilden die Erarbeitung des kantonalen Richtplans aufgrund der Zielvorstellungen für die räumliche Entwicklung des Kantons (KORE) mit den dafür notwendigen Grundlagen, der Aufbau der Raumbewertung als Entscheidungsgrundlage für den wirksamen Massnahmen- und Mitteleinsatz (insbesondere im Bereich Natur- und Landschaftsschutz) und die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des Generellen Leistungsauftrages 2001 - 2005.

Ziele**Massnahmen****Grenzüberschreitende Planung**

Verbesserung der Zusammenarbeit mit den in- und ausländischen Nachbarn und kontinuierliche Koordination der regionalen Planungen

- 4.04.01 Fortschreibung des Entwicklungskonzepts und Beginn der Machbarkeitsstudien der Schlüsselprojekte für die Aktionsräume Nord und Ost der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) im Rahmen von INTERREG III.

1. Sachaufwand 2003: Konten 2351.317.20 und 2351.318.20-100: Fr. 30'000.–
2. Personalaufwand 2003: 1 Personenjahr
3. Projektstand 2003: gemäss Programm TAB

Kantonsplanung

Festlegen der gewünschten räumlichen Entwicklung

- 4.04.04 Erarbeitung des kant. Richtplans BL, Vernehmlassung

Ziele**Massnahmen**

- | | | |
|------------------|--|--|
| | 1. Sachaufwand 2003: | Konten 2351.310.40 und 2351.318.20-100: Fr. 100'000.– |
| | 2. Personalaufwand 2003: | 1.5 Personenjahre |
| | 3. Projektstand 2003: | Entwurf Richtplan abgeschlossen. Vernehmlassung erfolgt |
| 4.04.19 | Entwicklungsplanung Salina-Raurica | |
| | 1. Sachaufwand 2003: | Fr. 600'000.–
Finanzierung über Fonds Wirtschaftsförderung |
| | 2. Personalaufwand 2003: | 1 Personenjahr |
| | 3. Projektstand 2003: | Entwicklungsplan (Spezialrichtplan) abgeschlossen, Vernehmlassung erfolgt |
| 4.04.20 | Gefahrenhinweiskarte BL | |
| | 1. Sachaufwand 2003: | - |
| | 2. Personalaufwand 2003: | 0.2 Personenjahre |
| | 3. Projektstand 2003: | Projektorganisation aufgebaut. Submissionsverfahren Gefahrenhinweiskarte abgeschlossen |
| 4.04.23
(neu) | Langsamverkehr; Erarbeitung eines Leitbildes | |
| | 1. Sachaufwand 2003: | Konto 2351.318.20-100: Fr. 25'000.– |
| | 2. Personalaufwand 2003: | 0.2 Personenjahre |
| | 3. Projektstand 2003: | Leitbild erarbeitet |

Ortsplanung

Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung des neuen Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) und der Verordnung (RBV) bzw. bei der Anpassung der Ortsplanungen

- | | | |
|---------|---|--|
| 4.04.21 | Erarbeiten weiterer Grundlagen und Muster-Reglemente für die Nutzungsplanung. Auswertung der Erfahrungen mit dem neuen Raumplanungs- und Baugesetz des Kantons (RBG BL) | |
| | 1. Sachaufwand 2003: | Konten 2352.310.40 und 2352.318.20: Fr. 93'000.– |
| | 2. Personalaufwand 2003: | 0.5 Personenjahre |
| | 3. Projektstand 2003: | Grundlagen und Muster-Reglemente zu 80% abgeschlossen. |

Öffentlicher Verkehr

Verbesserung des öffentlichen Verkehrs

- | | | |
|------------------|--|--|
| 4.04.05 | Umsetzen des Generellen Leistungsauftrages 2001 - 2005. Es ist davon auszugehen, dass dieser wegen fehlender Mittel nicht völlig realisiert werden kann! | |
| | Studien zur ÖV-Erschliessung Raum Allschwil, Leimen- und Ergolzthal. | |
| | 1. Sachaufwand 2003: | Konto 2357.318.20-001
Fr. 110'000.– |
| | 2. Personalaufwand 2003: | 1.5 Personenjahre |
| | 3. Projektstand 2003: | Ende 2003 abgeschlossen |
| 4.04.24
(neu) | Mitwirken an der Planung für den Innentadtunnel («Herzstück») gemeinsam mit Basel-Stadt | |
| | 1. Sachaufwand 2003: | Konto 2357.318.20-001: Fr. 50'000.– |
| | 2. Personalaufwand 2003: | 0.25 Personenjahre |
| | 3. Projektstand 2003: | Projektbeginn 2003 (FF BS) |

Ziele**Massnahmen**

	4.04.05	Gemeinsame Planung der Regio-S-Bahn Basel 2005 (verbessertes Angebot, neues Rollmaterial, verbesserte Bahnhofinfrastruktur) mit SBB und Kantonen der NWCH, F und D <i>Vorlage an Landrat</i>
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2357.318.20-001: Fr. 50'000.–
		2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre
		3. Projektstand 2003: Planung 2003 abgeschlossen
	4.04.25 (neu)	Gemeinsame Planung Bahn 2000, 2. Etappe (Fahrplankonzept/Rollmaterial/Investitionsmodule) mit SBB und Kantonen der NWCH
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2357.318.20-001: Fr. 20'000.–
		2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre
		3. Projektstand 2003: Mitwirkung des Kantons 2003 abgeschlossen
Ausbau des behinderten- und betagtenberechtigten öffentlichen Nahverkehrs	4.04.06	Revision des ÖV-Gesetzes für einen behinderten- und betagtenberechtigten öffentlichen Nahverkehr auf der Grundlage des erstellten Konzeptes (gemeinsam mit Basel-Stadt) <i>Gesetzesvorlage an den Landrat</i>
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2357.318.20-001: Fr. 10'000.–
		2. Personalaufwand 2003: 0.5 Personenjahre
		3. Projektstand 2003: Gesetzesvorlage 2003 an Regierungsrat
Gemeindebeiträge	4.04.22	Prüfen der Gemeindebeiträge an die Abteilungen des öffentlichen Verkehrs (Bericht an den Landrat)
		1. Sachaufwand 2003: -
		2. Personalaufwand 2003: 0.25 Personenjahre
		3. Projektstand 2003: Bericht Ende 2003 an Landrat
	4.04.08	Sicherstellung des Güterverkehrs mit Projekten: SBB-Linienführung im Ergolzthal, Wisenberg (siehe Projekt Gemeinsame Planung Bahn 2000 Ziff. 4.04.25)
Natur und Landschaft		
Erhaltung und Förderung der Biodiversität	4.04.26 (neu)	Biotopschutz und ökologischer Ausgleich – Fortsetzung des Programms «Naturschutz im Wald»
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.365.60-003: Fr. 925'000.–
		2. Personalaufwand 2003: 0.6 Personenjahre (ohne Aufwand Kantonsforstamt)
		3. Projektstand 2003: Fortsetzung des Programms gemäss Leistungsauftrag
	4.04.27 (neu)	Ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet <i>Vorlage an den Landrat</i>
		1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.365.60-004: Fr. 3'450'000.–
		2. Personalaufwand 2003: 0.6 Personenjahre (ohne Aufwand LZE)
		3. Projektstand 2003: Fortsetzung des Programmes gemäss Leistungsauftrag

Ziele**Massnahmen**

- 4.04.17 Vollzug des Inventars der Amphibien-Laichgebiete von nationaler Bedeutung, insbesondere Realisierung des Ersatzstandortes «Mühlebachtal», Allschwil (im Rahmen des Hochwasserschutzes), Zurlindengrube Pratteln (im Rahmen der Planung Salina-Raurica)
1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.314.60-001:
Fr. 150'000.–
 2. Personalaufwand 2003: 1.0 Personenjahr
 3. Projektstand 2003: Baubeginn des Ersatzstandortes «Mühlebachtal» durch TBA, Lösungsvorschlag für die «Zurlindengrube» im Rahmen des Projektes «Salina-Raurica»
- 4.04.11 Umsetzung der Programme «Trend Natur BL» (Biodiversitätsmonitoring) und «Erfolgskontrolle»
1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.318.20-001:
Fr. 43'000.–
 2. Personalaufwand 2003: 1 Personenjahr
 3. Projektstand 2003: Start des Programmes «Trend Natur BL»
- 4.04.12 Etablierung der Aufsicht und Besucherinformation in Naturschutzgebieten
1. Sachaufwand 2003: Konto 2355.314.60-002:
Fr. 100'000.–
 2. Personalaufwand 2003: 0.1 Personenjahre
 3. Projektstand 2003: Erstes Betriebsjahr des Projektes erfolgreich abgeschlossen
- 4.04.14 Grossräumiger Biotopverbund: Umsetzung mit Einzelprojekten, Aufnahme der Wildtierkorridore im Richtplan (4.04.04)
1. Sachaufwand 2003: (Kosten fallen beim Tiefbauamt an)
 2. Personalaufwand 2003: 0.2 Personenjahre
 3. Projektstand 2003: Projektstart unter Federführung TBA gemäss Vorgaben ASTRA vom 4.7.2002

5 JUSTIZ-, POLIZEI- UND MILITÄRDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Das Jahr 2003 wird für die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion das Jahr der Umsetzung und des Vollzugs eingeleiteter Konzepte im Bereich «Sicherheit» und Gesetzgebungsvorhaben sein.

Programmpunkt Nr. 5.01

Öffentliche Sicherheit / Kriminalitätsbekämpfung, Bevölkerungsschutz

Übersicht

Die Garantie der öffentlichen Sicherheit hat eine präventive und eine repressive Seite. Vermehrt soll die Präsenz der Polizei sichtbar sein. Das Gebiet «Verkehrssicherheit» als Teil der öffentlichen Sicherheit wird nach wie vor einen Tätigkeitsschwerpunkt bilden. In den Bereichen Militär und Bevölkerungsschutz müssen die Reformen des Bundes (Armee XXI und Bevölkerungsschutz) auf der Ebene des Kantons umgesetzt werden.

Ziele

Massnahmen

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Zusammenarbeit im Dreiländereck verstärken	5.01.10	Praktische Umsetzung der Staatsverträge zwischen der Schweiz und Deutschland bzw. Frankreich im Aufgabenbereich der polizeilichen Zusammenarbeit (Ausbildung, Übungen etc.)
Kriminalitätsbekämpfung mit präventiven und repressiven Mitteln intensivieren	5.01.30	Optimierte sichtbare Polizeipräsenz
	5.01.32	Ausbau der Polizei-Jugendsachbearbeitenden auf 6 Personen (neu)
	5.01.33	Aufbau einer gerichtlich verwertbaren Beweissicherung und Auswertung im Zusammenhang mit Computerdelikten (neu)
	5.01.28	Weiterentwicklung der Schulungen zur Intervention gegen häusliche Gewalt
	5.01.34	Intensivierung der Kriminalprävention durch zusätzliche Aktivitäten wie, z.B. verstärkte Teilnahme an Veranstaltungen (neu)
Bekämpfung des Rechtsextremismus	5.01.27	Weiterführung der Arbeit in der kantonalen Arbeitsgruppe und der neuen gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Basel-Stadt.

Verkehrssicherheit

	5.01.22	Anpassung des Geschwindigkeits-Kontrollsystems unter Einführung neuer Geräte (Auswechslung von Geräten und teilweise Standortverschiebungen)
Verkehrsunfälle vermindern	5.01.26	Einführung einer substantiellen Verkehrsanalyse

Bevölkerungsschutz

Bevölkerungs- und Zivilschutz: Erreichen einer mehrheitsfähigen politischen Akzeptanz für das neue Konzept und für das Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Baselland, das auf den 1. Januar 2004 in Kraft treten soll.	5.01.24	Auf den politischen Prozess abgestimmte, zielgruppengerechte und umfassende Informationstätigkeit. Durchführung von offenen Diskussions- und Meinungsplattformen.
--	---------	---

Ziele

Ausbildung Zivilschutz:
Vorbereitung der auf den Leistungsauftrag des Zivilschutz XXI ausgerichteten allgemeinen und funktionsbezogenen Grund- und Kaderausbildung, die im Jahre 2004 beginnt.

Bewältigung von Grossereignissen: Implementierung von Einsatzplänen für die Bewältigung von Grossereignissen in den kantonalen Spitälern, der Sporthalle St. Jakob und der Eissporthalle St. Jakob.

Militär

Einführung einer schlanken Organisationsstruktur, welche die optimale Überführung des Zivilschutzes und des Katastrophenschutzes in den neuen Bevölkerungsschutz fördert.

Massnahmen

5.01.36 (neu) Überarbeitung der Ausbildungsinhalte und Erweiterung der methodisch-didaktischen Kompetenzen der Ausbildungspersonen.

5.01.37 (neu) Durchführung von Risikoanalysen und -beurteilungen als Grundlagen für die Erstellung der Einsatzpläne.

5.01.38 (neu) Zusammenlegung des Amtes für Bevölkerungsschutz und der Militärverwaltung
Landratsvorlage 2002/154 vom 18.06.2002: «Projekt Zusammenführung Amt für Bevölkerungsschutz und Militärverwaltung» (Finanzen: siehe Ziff. 4.03.17 BUD)

5.01.39 (neu) Vorbereitung der räumlichen Zusammenführung, die auf den 1. Januar 2004 erfolgen soll.

5.01.40 (neu) Vorbereitung des Zeughauses, sodass dessen Infrastruktur inskünftig auch für die materiellen Belange des Zivilschutzes genutzt werden kann.

Programmpunkt Nr. 5.02**Gesetzgebung***Übersicht*

Die Justizreform wird mit der Neugliederung der Friedensrichterkreise und der Gerichtsbezirke abgeschlossen. Beide Vorhaben führen zu einer Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes. Mit den Vorbereitungen für ein Integrationsgesetz wird gesetzgeberisches Neuland betreten. Das im Jahr 2002 gestartete Projekt Effilex wird in der JPMD als Pilotprojekt fortgeführt.

Ziele

Wirksame, zeitgemässe und entschlackte Gesetze

Massnahmen

5.02.01 Projekt Effilex: Überprüfung der kantonalen Erlasse auf Notwendigkeit und Aktualität: Weiterführung des Pilotprojektes bei der JPMD in den Dienststellen Generalsekretariat, Rechtsdienst des Regierungsrates und Amt für Migration.

5.02.15 (neu) Revision EG StGB, Vernehmlassungsvorlage

5.02.16 (neu) Revision EG ZGB, Vernehmlassungsvorlage

5.02.17 (neu) Revision des Gesetzes über den zivilen Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter, Landratsvorlage

Modernisierung der Gesetzestchnik

5.02.01.02 Die Überarbeitung der Weisung zur Gesetzestchnik vom 1. Juli 1975 wird abgeschlossen

Speditive Umsetzung der Gesetzgebungsaufträge

5.02.10 Revision Gastwirtschaftsgesetz (Motion 97/203), Landratsvorlage

5.02.18 (neu) Revision der Zivilprozessordnung: Ergänzende Bestimmungen betr. Schutzschrift (Postulat 98 / 280) Vernehmlassungsvorlage

5.02.19 (neu) Integrationsgesetz, Vorentwurf (Motion 2001/090)

Ziele

Realisierung von Projekten im Zivilrecht

Massnahmen

- | | |
|------------------|--|
| 5.02.20
(neu) | Beginn des Pilotbetriebes von Infostar (Informatisiertes Standesregister auf allen fünf Zivilstandsämtern) |
| 5.02.06 | Einführung des neuen Vormundschaftsamtes und der Vormundschaftskommission gemäss der Vorlage 1999/182 |
| 5.02.07 | Umsetzung des revidierten Gesetzes betr. die Amtsvormundschaften, Vorlage 2002/001, sofern Parlament und Volk so beschliessen. |
| 5.02.21
(neu) | Umsetzung des Haager Adoptionsübereinkommens und des Bundesgesetzes zum Haager Adoptionsübereinkommen sowie über Massnahmen zum Schutze des Kindes bei internationalen Adoptionen. |

Programmpunkt Nr. 5.03**Gerichte***Übersicht*

Die Justizreform soll mit der Neugliederung der Friedensrichterkreise und der Gerichtsbezirke abgeschlossen werden.

Ziele

Weiterführung bzw. Abschluss der Gerichtsreform

Massnahmen

- | | |
|------------------|---|
| 5.03.09 | Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes: Neugliederung der Friedensrichterkreise, Landratsvorlage |
| 5.03.10
(neu) | Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes: Neugliederung der Gerichtsbezirke, Vernehmlassungsvorlage |

6 ERZIEHUNGS- UND KULTURDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Die beiden wichtigsten Vorhaben sind: Die Bildungsgesetzgebung soll auf den Beginn des Schuljahres 2003/2004 in Kraft treten. Wegen der Grösse ihres Regelungsbereiches bedingt sie sorgfältige Vor- und Begleitarbeiten. Ferner harret die Frage der Fachhochschulen (Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz) weiterer, intensiver Beschäftigung auf verschiedenen Ebenen der Politik und der Verwaltung.

Programmpunkt Nr. 6.01

Bildung

Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt klar auf den vielfältigen und reichlich komplexen Umsetzungsarbeiten, welche die Inkraftsetzung der neuen Bildungsgesetzgebung auf 1. August 2003 mit sich bringt.

Ziele

Massnahmen

Alle Bildungsinstitutionen

Ein modernes und der Zeit gerechtes Bildungsangebot	6.01.01 bis 6.01.06	Umsetzung und Einführung des Bildungsgesetzes. Dazu gehören u. a. Vernehmlassung und Genehmigung der Verordnungen; Information und Instruktion von Schulen, Schul- und Gemeindebehörden, Erziehungsberechtigten etc. Mit der Einführung des neuen Bildungsgesetzes wird das Schulinspektorat aufgelöst und neu das Amt für Volksschulen (AVS) gebildet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet und auch gezielt weitergebildet.
	6.01.07	Zusammenführung der heutigen Real- und Sekundarschulen und Organisation der neuen Sekundarschulen; Übernahmeverhandlungen mit den Standortgemeinden über die Sekundarschulanlagen sowie Einmietung in heutige Realschulanlagen der Gemeinden; (Vorlage an den Landrat, BUD 4.03.14)
Internetanschlüsse für alle Schulen einrichten; Einführung Internetkonzept mit intensiver Fortbildung	6.01.03 bzw. 02	Alle Schulen der Sekundarstufe I und II verfügen über einen Internetanschluss und zumindest über eine minimale Informatikinfrastruktur, vermitteln Grundkompetenzen entsprechend den Lehrplänen und nutzen Informatikmittel fächerübergreifend für das Lernen. (Verpflichtungskredit LRB 1947/1999 und 2000/180-9 total 3.29 Mio. Fr.; Konto 2503.319.7; Jahrestanche 2003: 0,8 Mio. Fr.)
Arbeitszeitmodelle für Lehrpersonen	6.01.46	Der Entwurf zu einem neuen Berufsauftrag der Lehrpersonen für alle Stufen muss sich in der Vernehmlassung bewähren, ehe er dem Landrat zur Genehmigung unterbreitet wird. (Vorlage an den Landrat)

Volksschule

Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I

Informatik an der Primarschule	6.01.41	In Verbindung mit den Gemeinden wird ein Konzept erarbeitet werden. Die Weiterbildung von Primarlehrpersonen für die Bildung eines Informatik-Fortbildungskaders im Rahmen von Private Public Partnership des Bundes (PPP) setzt bereits im Jahre 2003 ein.
Vereinfachung der Arbeit der Erziehungsberechtigten	6.01.47	In den Beratungen der Erziehungs- und Kulturkommission des Landrates zum Bildungsgesetz sind Blockzeiten an Kindergarten und Primarschule vorgeschlagen und aufgenommen worden.

Ziele**Massnahmen**

Qualitätssicherung im Volksschulbereich	6.01.10	Schulpflegen und Schulleitungen werden auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet. Bei der Neuorganisation der Schulkreise der Sekundarstufe I werden Schulbehörden und Schulleitungen von Schulinspektorinnen und -inspektoren begleitet und beraten. Im Rahmen der nationalen Stichprobe wirkt der Kanton Basel-Landschaft an PISA (Programme for International Student Assessment) mit. Es wird geprüft, mit welchen mittelfristig zu ergreifenden Massnahmen die Lesefähigkeiten der Kinder und Jugendlichen im Kanton Basel-Landschaft verbessert werden können.
Massnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen	6.01.49	Der durch eine paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe erarbeitete Vorschlag wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten schrittweise umgesetzt.
Inhaltliche Voraussetzungen für Trägerschaft der Sek I durch den Kanton	6.01.11	Gestützt auf die vom Erziehungsrat gutgeheissene Stundentafel und die Leitideen und Richtziele werden für die Sekundarschule mit den Niveaus A, E und P gemäss neuer Bildungsgesetzgebung Lehrpläne mit evaluierbaren Treffpunkten erarbeitet, so dass sie ab Schuljahr 2004/05 eingeführt werden können.
Begabungsförderung	6.01.42	Die Erarbeitung eines kantonalen Rahmenkonzepts für die Begabungsförderung an der Volksschule ist nach wie vor zurückgestellt. Förderprogramme an einzelnen Volksschulen für Schülerinnen und Schüler mit speziellen Leistungsfähigkeiten, die Mehrkosten verursachen, werden vom Kanton, solange ein Rahmenkonzept fehlt, finanziell nicht mit getragen.

Sonderschulung

Wohnortsnahe Schulung behinderter Kinder	6.01.14	Volle Betriebsaufnahme der Tagessonderschule für Kinder mit schweren Verhaltensstörungen (Projektstart August 2002, voller Betrieb Januar 2003).
	6.01.15	Projektbegleitung der Neubauten der Heilpädagogischen Tagesschulen des Vereins insieme in Liestal und Münchenstein (Baubeginn: Anfang 2003).

Jugend- und Behindertenhilfe

Erweitern des Wohn- und Betreuungsangebotes für Kinder und Jugendliche im Bereich Pflegefamilien	6.01.16	Revision des Pflegekindergesetzes. Aufbau einer Vermittlungs- und Beratungsstelle für Pflegefamilien, um qualifizierte Pflegeplätze zu fördern und zu unterstützen; das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt und einer privaten Trägerschaft entwickelt; Betriebsaufnahme 2. Halbjahr 2003
Schliessen festgestellter Lücken im Wohn- und Betreuungsangebot	6.01.17	Begleiten des Neubauprojektes des privaten Trägers WKB für ein Wohnheim für schwerstkörperbehinderte Menschen in Bubendorf: Projektausarbeitung zusammen mit privaten Trägern für ein neues Wohnheim und eine Förderstätte für Menschen mit einer geistigen Behinderung (Standortsuche läuft, Projekteingabe an BSV Anfang 2003); Platzerweiterung und Neubau des Wohnheimes Laubiberg, Liestal (Projekteingabe Anfang 2003).
Leitlinien für die Behindertenhilfe	6.01.18	Wahrnehmen der Funktion einer Ombudsstelle durch den kantonalen Ombudsman., evtl. Anpassung des Gesetzes über den kantonalen Ombudsman. Konkretisieren des Aspektes Migration/Integration der Leitlinien. Auswertung der Tarifverträge mit den Wohnheimen für behinderte Erwachsene im Kanton Basel-Landschaft nach dem Abschluss auf den 1.1.2003.

Ziele**Massnahmen****Mittelschulen und Gymnasien**

Umsetzung der Vorschriften des Maturitätsanerkennungsreglementes der Eidgenossenschaft und der Kantone

6.01.40

Weiterführung und Abschluss der Einführung Maturitätsanerkennungsreglementes (MAR). Vorbereitung der Evaluation der durch das MAR bedingten strukturellen und pädagogischen Veränderungen. Der immersive Unterricht wird an allen Gymnasien angeboten.

Diplommittelschulen

6.01.51

Anpassung der DMS-3 an die durch die Einführung der Fachhochschulen veränderten Gegebenheiten. Unterstützung des zwischen Berufsbildung und gymnasialer Studienvorbereitung liegenden dritten Weges und einer klaren Positionierung auf eidgenössischer Ebene.

Berufsbildung

Erhöhung des Lehrstellenangebotes für schulisch schwächere Jugendliche und Nachqualifikation von Erwachsenen

6.01.22

Per Sommer 2002 starten – wenn genügend Ausbildungsplätze geschaffen werden können – Attestausbildungen in den Bereichen Gastro und Metall.

Das Projekt «E Lehr mit Kick», das bisher aus dem Impulsprogramm Chance finanziert worden ist, wird definitiv weitergeführt.

Im Rahmen des Impulsprogrammes Chance (*Verpflichtungskredit LRB 1313/1998 total 4 Mio. Fr. Konto 2549 319.50 Jahrest tranche 2003: 0,38 Mio.*) läuft ein Projekt «Nachholbildung für Erwachsene auf der Sekundarstufe I», das Erwachsenen den Einstieg in die Berufsbildung erleichtern soll. (*Postulat 2001/45, Motion 2001/133*)

Erhöhung des Lehrstellenangebots für anspruchsvolle und zukunftssträchtige Berufe

6.01.22

Die Ausbildung im Verbund soll insbesondere in den kaufmännischen und Informatikberufen gefördert werden. (Ziel: 50 Lehrstellen resp. beteiligte Betriebe). Die Betriebe sollen bei der Einführung der neuen kaufmännischen Grundausbildung gecoacht werden, damit keine Lehrstellen verloren gehen. (*Postulat 97/56*)

Überführung der Ausbildung der Gesundheitsberufe in die EKD und damit ins Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

6.01.52
(neu)

Gemäss neuem Berufsbildungsgesetz wird für die Ausbildung in den Gesundheits- und Sozialberufen das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) zuständig. Der Wechsel von den Sanitätsdirektionen in die Erziehungsdirektionen ist bereits in über der Hälfte der Kantone vollzogen. Ziel ist es, die Überführung im Kanton Basel-Landschaft nach dem 1.1.2003 operativ umzusetzen. (*vgl. VSD 3.01.41*)

**Fachhochschulen und Universität:
Tertiäre Bildung**

Fachhochschule beider Basel

6.01.32

Umsetzung der mittel- bis langfristigen Strategieprojekte, vertiefte Zusammenarbeit mit der FH SO und der FH AG im Rahmen des Kooperationsrates und der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB)

6.01.33/
6.01.34

Inkraftsetzung des HPSA-BB-Vertrages; Überführung des Personals von Seminar, PI und FHS-BB in die HPSA-BB; Wahl der Direktion durch den Hochschulrat; Genehmigung der neuen Studiengänge durch den Hochschulrat; Institutionalisierung von Forschung und Dienstleistung. (*Postulate 95/200, 96/20, 99/111, Motion 2000/213*)

Universität

6.01.35

Weiterführung der Universitätsreform, Entwicklung partnerschaftlicher Trägerschaftsszenarien für die Universität Basel durch eine Arbeitsgruppe. (*Postulat 2000/244*)

Ziele**Massnahmen****Erwachsenenbildung**

«Ein Leben lang lernen»
Konzept Erwachsenenbildung

- | | |
|------------------|---|
| 6.01.36 | Ausbau der Informationsdrehscheibe im Internet |
| 6.01.37 | Realisierung der Fachstelle für Erwachsenenbildung
(<i>Motion 98/112</i>) |
| 6.01.38 | Gemeinsames Forum für alle Bildungsinstitutionen zum Thema
«Ethik in der Bildung» |
| 6.01.53
(neu) | Start gemeinsamer Projekte LFBL mit ULEF BS: Schulleitungsausbildung und Kaderausbildung für Informatik (in Zusammenhang mit Private Public Partnership (PPP) des Bundes) |

Integration

Integration / Migration

- | | |
|------------------|---|
| 6.01.54
(neu) | Die Effektivität des Bundes in der Subventionspolitik soll – wo immer möglich – verbessert werden. Schwerpunktmässig werden seitens des Kantons jugendspezifische Projekte umgesetzt, die die sprachlichen und sozialen Kompetenzen nicht mehr schulpflichtiger junger Migrantinnen und Migranten verbessern. |
|------------------|---|

Programmpunkt Nr. 6.02**Kultur**

Die Beiträge und Investitionen des Kantons Basel-Landschaft im Kulturbereich dürfen sich im gesamtschweizerischen Vergleich sehen lassen. Um die öffentliche Wahrnehmung in diesem Bereich zu stärken, muss vermehrt eine Koordination der kulturpolitischen Massnahmen und des kulturellen Engagements mit den Gemeinden des Kantons angestrebt werden.

Ziele**Massnahmen****Römerstadt Augusta Raurica**

- | | | |
|---|------------------|---|
| Neues Vermittlungskonzept | 6.02.02 | Spezielle Angebote in der Römerstadt für Firmen und Gruppen. |
| Neue Silberschatz-Ausstellung im Römermuseum | 6.02.22
(neu) | Die 18 zusätzlichen Silberplatten aus dem Kaiseraugster Silberschatz, welche 1995 dem Kanton Aargau infolge eines Erbganges zufielen, sind vom Kanton AG 2000-2002 restauriert und wissenschaftlich ausgewertet worden. 2003 wird der grösste spätantike Silberschatz Europas erstmals in seiner Gesamtheit im Augster Römermuseum präsentiert. |
| Erschliessung und Optimierung des archäologischen Freilichtmuseums zur Kultur- und Naherholungsstätte | 6.02.18 | Gesamtplanung für die Römerstadt Augusta Raurica; Schaffung einer Archäologischen Schutzzone im ganzen noch unbebauten antiken Stadtperimeter, zonenrechtliche Anpassung der Archäologischen Schutz zonen im Rahmen der Entwicklungsplanung Salina-Raurica 2003-2004 (<i>vgl. BUD 4.04.19</i>); etappierte Einzelmassnahmen. |
| Gästeservice | 6.02.19 | Verbesserung und klare Strukturierung des «incoming service», d.h. alle Kunden- und Gästeanfragen zur ganzen Angebotspalette der Römerstadt erfolgen über eine einzige Anlauf- und Koordinationsstelle |
| Migration MICRO-RAURICA inkl. digitales Bildarchiv und Geographisches Informationssystem (GIS) | 6.02.20 | Archäologiedatenbank MICRO-RAURICA (Oracle) muss abgelöst werden. Aufgrund des 2002 durchgeführten Evaluationsprojektes sind Anschaffung, Einrichtung und Migration sämtlicher Daten fällig. |
| Digitales Bildarchiv zur Sicherung und Erschliessung der 230'000 Fotos | 6.02.20 | Die Bildersicherung der 230'000 Fotos erfolgt vorerst etappiert in kleinen Tranchen über das reguläre Budget. |

Ziele**Massnahmen**

Grossgrabung Augst	6.02.21	Nach Abschluss der Grossgrabung «Degen 2001/2002» nahtloser Übergang zur Grossgrabung «Olloz 2003-2005» aufgrund eines eingegangenen Baugesuches. Finanzierung über das reguläre Budget, verteilt über drei Jahre.
Analyse der Forschungsschwerpunkte in Augusta Raurica	6.02.23 (neu)	Projektentwicklung im Augster «Archäologieforum» 2002-2003; Formulierung der Ziele und Massnahmen sowie Anpassung des Leitungsauftrags 2003; Inangriffnahme einzelner Auswertungsmodulare nach Massgabe der Personalkapazitäten (abhängig u.a. vom Notgrabungsprogramm).

Archäologie und Kantonmuseum

Erhaltung und neue Nutzung der römischen Villa Munzach	6.02.03	Als Vorarbeit für weitere Arbeiten wird eine aufgrund des Studiums der Dokumentation angesetzte Nachgrabung und die Dokumentation des noch vorhandenen Mauerwerks ausgeführt. Konzept für Sanierung und künftige Nutzung (Postulat 2000/98)
Archäologiegesezt	6.02.04	Erste Umsetzungsarbeiten (Landratsvorlage 2001/127; Motion 92/47)
Auswertung der Grossgrabung Lausen läuft an	6.02.14	Die erste Etappe der Auswertungsarbeiten wird in Angriff genommen.
Die Dauerausstellungen werden erneuert	6.02.17	Die Ausstellung zur Seidenbandweberei wird erneuert.

Kantonsbibliothek

Neue Kantonsbibliothek	6.02.07	Bereinigen des Betriebskonzeptes / Businessplans für die neue Kantonsbibliothek.
------------------------	---------	--

Kunst- und Kulturförderung

Aktive Förderung des regionalen Kunst- und Kulturschaffens	6.02.08	Entwurf für eine kulturpolitische Kooperationsplattform zwischen den Gemeinden und dem Kanton. 1. Teilweise Übernahme der Subvention des Orchesters basel sinfonietta durch den Kanton Basel-Landschaft mit neuem Domizil im Kunsthau BL in Muttenz 2. Ausbau der Infrastruktur für die BL Veranstalterinnen und Veranstalter.
Eigenproduktionen	6.02.16	Neue Konzertreihe im Schloss Ebenrain

Programmpunkt Nr. 6.03**Sport**

Nach mehrjähriger Vorbereitung erfolgt am 1. Januar 2003 der Start von Jugend+Sport 2000. Bis alle Änderungen und Neuerungen der neuen Struktur erfolgreich greifen, bedarf es noch einiger Anstrengungen seitens des Sportamtes, aber auch der Verbände und Vereine. Wichtige Schwerpunkte bilden die Erarbeitung eines kantonalen sportpolitischen Konzeptes, gezielte Massnahmen im Schulsport sowie im Verbands- und Vereinsmanagement, welche Gegensteuer geben sollen für die schwindende Ehrenamtlichkeit. Als spezielle Veranstaltungen stehen der regionale Finaltag des nationalen Projektes sCOOL und nach zweijährigem Unterbruch wieder eine Informationsveranstaltung bevor.

Ziele**Massnahmen****Beratung**

Unterstützung im Verbands- und Vereinsmanagement	6.03.10 (neu)	Die Verbände und Vereine gezielt beraten und unterstützen bei Fragen im Zusammenhang mit ehrenamtlicher Verbands- und Vereinstätigkeit. Modularartige Ausbildung im Bereich Verbands- und Vereinsmanagement.
--	---------------	--

Ziele**Massnahmen*****Leiterinnen- und Leiterausbildung***

Neukonzeption Jugend +Sport 2000

6.03.02

Definitive Umsetzung von J+S 2000 gemäss Vorgabe des Bundes; Anpassungen der kantonalen Sportförderung

Veranstaltungen

Projekt sCOOL

6.03.11
(neu)

Unterstützung der Organisation des regionalen Finalevents des nationalen Projektes sCOOL am 23. Mai 2003. Weltrekordversuch mit der Durchführung von möglichst vielen Schulhaus-Orientierungsläufen gleichzeitig in der ganzen Schweiz.

Informationsveranstaltung

6.03.12
(neu)

Diskussionsplattform für ein sportliches Baselbiet.

Sportpolitisches Konzept

Kantonales sportpolitisches Konzept erarbeiten

6.03.13
(neu)

Sportkommission und Sportamt erarbeiten ein richtungsweisendes Konzept für die Zukunft des Baselbieter Sports.

7 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, **das Jahresprogramm 2003 des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.**

Liestal, 10. September 2002

Im Namen des Regierungsrates
die Präsidentin: Schneider-Kenel
der Landschreiber: Mundschin